

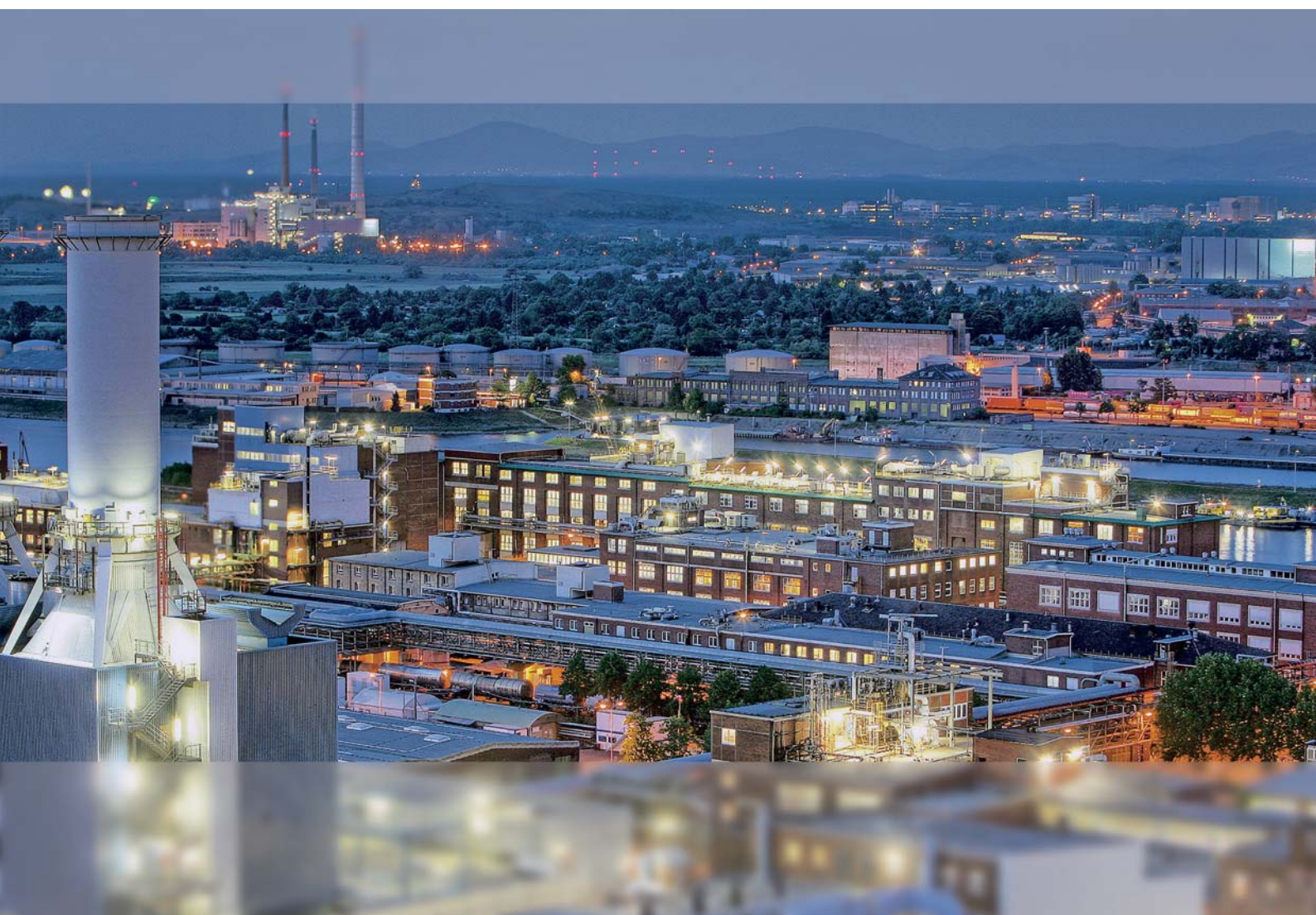


Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

05 | 2017

# STATISTISCHE MONATSHEFTE




Statistik nutzen

## Aus dem Inhalt:

Bruttoinlandsprodukt 2016

Zensus 2021

Schulen 2016/2017



#### Fotonachweis

Titelfoto: BASF SE

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2016 ordentlich gewachsen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm um 1,5 Prozent zu. Zum Wachstum trugen sowohl das Produzierende Gewerbe als auch der Dienstleistungssektor bei.

Beilage: Faltblatt „Veröffentlichungen“

05 | 2017

# STATISTISCHE MONATSFESTE

70. Jahrgang

kurz + aktuell 269

Konjunktur ■ Industrie ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung  
Familien ■ Bildung ■ Verkehr

Aus der amtlichen Statistik 278

Verbraucherpreise 279

Rheinland-Pfalz in Karten: Gewerbeanmeldungen 2016  
nach Verwaltungsbezirken 280

Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016 – Bruttoinlands-  
produkt steigt um 1,5 Prozent 281

Zensus 2021 – Vorbereitungsgesetz verabschiedet 289

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen  
im Schuljahr 2016/17 – Herkunftsspezifische Disparitäten  
im rheinland-pfälzischen Schulsystem 295

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 307

Neuerscheinungen 323

## Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
( )	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50 – 100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
Mainzer Straße 14-16  
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0  
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [monatsheft@statistik.rlp.de](mailto:monatsheft@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter [www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte](http://www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte)

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2017

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

## Anstieg der Industrieproduktion im Februar

Die rheinland-pfälzische Industrieproduktion ist im Februar 2017 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex, der die mengenmäßige Ausbringung der Industrie misst, um 2,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Gegenüber Februar 2016 blieb der Güterausstoß fast unverändert (-0,2 Prozent).

In den drei umsatzstärksten Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelte sich die bereinigte Produktion im Februar 2017 unterschiedlich. Der Output der Chemischen Industrie, der größten Branche des Verarbeitenden Gewerbes, war 1,8 Prozent höher als im Januar. Zugleich war der Güterausstoß 5,2 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Der Fahrzeugbau, die Branche mit dem zweitgrößten Umsatz, verzeichnete eine kräftige Produktionssteigerung gegenüber dem Vormonat (+7,1 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahresmonat fiel der Güterausstoß jedoch um ein Prozent geringer aus. Im Maschinenbau, der Industriebranche mit dem drittgrößten Umsatz, sank der Output im Februar leicht um 0,4 Prozent. Gegenüber dem Vorjahresmonat ergab sich ein Zuwachs von 1,6 Prozent.

## Industrie verzeichnet im Februar Auftragsplus

Im Februar 2017 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Nach

## Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Feb. 2017		Jan. bis Feb. 2017	
	Veränderung des Indexwertes <sup>1</sup> zu			
	Jan. 2017	Feb. 2016	Jan. bis Feb. 2016	
<b>Entwicklung der Produktion</b>				
Industrie	2,8 % ↑	-0,2 % ↓	-1,4 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten <sup>2</sup>	1,7 % ↗	-0,6 % ↓	-1,2 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	2,2 % ↑	-0,4 % ↓	-0,9 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	5,4 % ↑	1,9 % ↗	-0,9 % ↓	
Chemie	1,8 % ↗	-5,2 % ↓	-5,1 % ↓	
Fahrzeugbau	7,1 % ↑	-1,0 % ↓	-4,6 % ↓	
Maschinenbau	-0,4 % ↓	1,6 % ↗	2,6 % ↑	
<b>Entwicklung der Auftragseingänge</b>				
Industrie	2,7 % ↑	7,6 % ↑	4,8 % ↑	
Inland	1,8 % ↗	0,9 % ↗	-0,3 % ↓	
Ausland	3,3 % ↑	12,0 % ↑	8,0 % ↑	
Vorleistungsgüterproduzenten <sup>2</sup>	6,3 % ↑	10,7 % ↑	7,0 % ↑	
Investitionsgüterproduzenten	1,3 % ↗	9,3 % ↑	7,5 % ↑	
Konsumgüterproduzenten	-5,0 % ↓	-7,3 % ↓	-9,8 % ↓	
Chemie	7,0 % ↑	13,8 % ↑	9,5 % ↑	
Fahrzeugbau	3,5 % ↑	12,4 % ↑	9,1 % ↑	
Maschinenbau	-0,7 % ↓	13,7 % ↑	13,5 % ↑	

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – 2 Einschließlich Energie.

Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte AuftragseingangsindeX 2,7 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Aus dem In- und Ausland gingen mehr Bestellungen ein als im Januar (+1,8 bzw. +3,3 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahresmonat war eine kräftige Nachfragesteigerung um 7,6 Prozent zu verzeichnen. Dieser Zuwachs ist auf einen Anstieg des Ordervolumens aus dem Ausland zurückzuführen (+12 Prozent). Die Bestellungen aus dem Inland legten nur leicht um 0,9 Prozent zu.

In zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes lagen die bereinigten Auftrags-eingänge im Februar 2017 über dem Niveau des Vormonats. In der Chemischen Industrie stieg die Nachfrage um sieben Prozent. Gegenüber Februar 2016 fiel der Zuwachs mit +14 Prozent noch höher aus. Im Fahrzeugbau, der Industriebranche mit dem zweitgrößten Umsatz, erhöhte sich das Ordervolumen im Berichtsmo-nat um 3,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresmonat gingen zwölf Prozent mehr Bestellungen ein.

## Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.





Im Maschinenbau, der Branche mit dem drittgrößten Umsatz, waren die Auftragseingänge im Februar leicht rückläufig (-0,7 Prozent). Trotzdem war die Nachfrage wesentlich höher als im Vorjahresmonat (+14 Prozent).

### Industrie mit Umsatzplus bei fast unveränderter Beschäftigung

Die rheinland-pfälzische Industrie erwirtschaftete in den ersten beiden Monaten 2017 höhere Umsätze als im Vorjahreszeitraum. Die Erlöse beliefen sich auf 14,5 Milliarden Euro, das waren 7,1 Prozent mehr als im Januar und Februar 2016 (Deutschland: +5,3 Prozent).

Der Inlandsumsatz war um 6,2 Prozent und der Auslandsumsatz um 7,8 Prozent höher als im gleichen Zeitraum 2016 (Deutschland: +4,5 bzw. +6,2 Prozent). Mit Exporten wurden 57 Prozent der Erlöse erzielt (Deutschland: 50,1 Prozent). Damit lag die rheinland-pfälzische Exportquote nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (+0,4 Prozentpunkte).

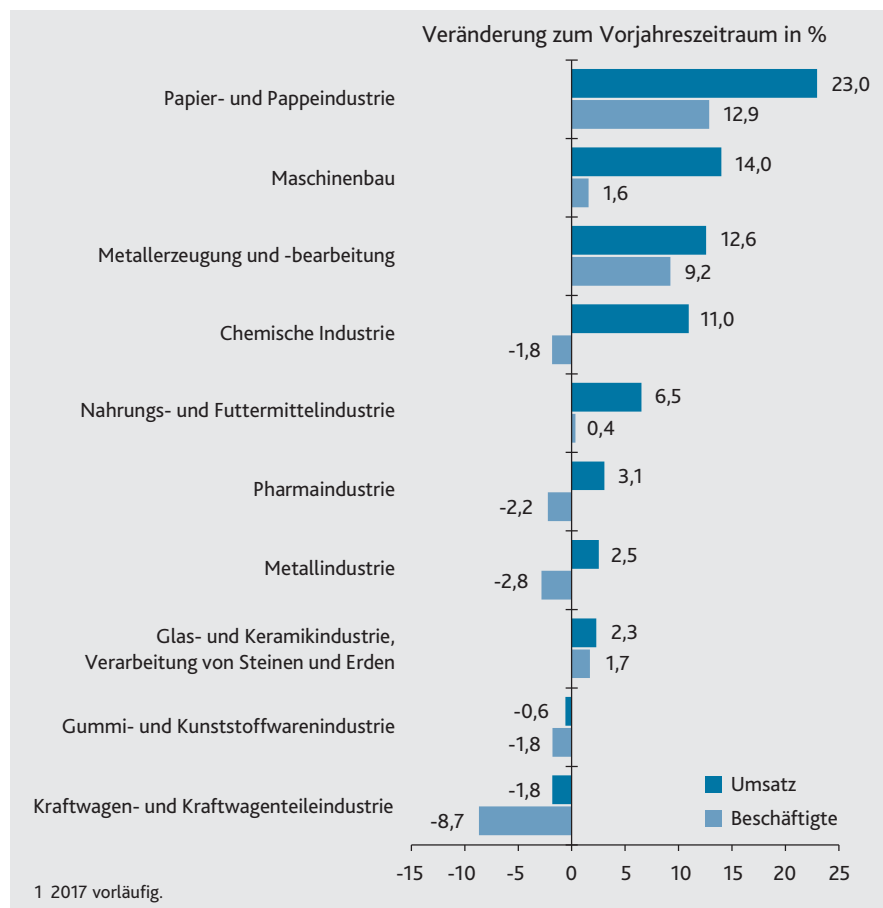
In den rheinland-pfälzischen Industrieunternehmen waren im Durchschnitt der ersten beiden Monate des Jahres 2017 rund 252 200 Personen tätig. Gegenüber dem Vorjahres-

zeitraum blieb die Beschäftigtenzahl fast unverändert; sie war lediglich um 0,2 Prozent bzw. 470 Personen niedriger (Deutschland: +0,9 Prozent). Das Arbeitsvolumen belief sich auf 65,7 Millionen Arbeitsstunden, was ein Plus von 1,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet (Deutschland: +1,1 Prozent).

In acht der zehn umsatzstärksten Industriebranchen waren die Erlöse im Januar und Februar 2017 höher als im Vorjahreszeitraum. Die größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus (+23 Prozent). Im Maschinenbau, in der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie in der Chemischen Industrie waren die Zuwachsraten ebenfalls zweistellig. Nur bei den Herstellern von Gummi- und Kunststoffwaren sowie bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen waren die Umsätze rückläufig (-0,6 bzw. -1,8 Prozent). Die starken Unterschiede in der Umsatzentwicklung der verschiedenen Industriezweige sind teilweise auf geänderte Branchenzuordnungen größerer Betriebe zurückzuführen, die in einzelnen Teilbereichen der Industrie den Vergleich zum Vorjahreszeitraum beeinflussen.

Die geänderte Branchenzuordnung größerer Betriebe wirkt sich auch auf die Beschäftigungsentwicklung aus. In fünf der zehn Branchen war die Beschäftigtenzahl in den ersten beiden Monaten 2017 höher als ein Jahr zuvor. Deutliche Steigerungen waren in der Herstellung von Papier, Pappe

Umsätze und Beschäftigte in der Industrie im Januar und Februar 2017<sup>1</sup> nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



und Waren daraus sowie in der Metall-erzeugung und -bearbeitung zu verzeichnen. Bei den Herstellern von Kraftwagen und Kraftwagenteilen lagen die Beschäftigtenzahlen hingegen deutlich unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

### Mehr Aufträge und höhere Umsätze im Bauhauptgewerbe im Februar

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im Februar 2017 mehr Aufträge und höhere Umsätze als im Vormonat. Die kalender- und saisonbereinigten Auftragseingänge stiegen um 3,2 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich um 6,4 Prozent. Gegenüber Februar 2016 zog das Ordervolumen um 25 Prozent an, der Umsatz stieg um 4,5 Prozent.

Im Vergleich zum Januar 2017 erhöhte sich die Nachfrage nach Bauleistungen im Tiefbau um 3,3 Prozent. Im Hochbau blieben die bereinigten Auftrags-eingänge dagegen 1,4 Prozent hinter dem Vormonatsergebnis zurück. Vor allem der öffentliche Hoch- und Tiefbau verzeichneten kräftige Zuwächse (+46 bzw. +15 Prozent). Auftragseinbußen errechneten sich insbesondere für den gewerblichen Hoch- und Tiefbau (-6,8 bzw. -4,2 Prozent). Gegenüber Februar 2016 zogen die Aufträge im Tiefbau und im Hochbau kräftig an (+25 bzw. +21 Prozent).

Im Vergleich zum Januar 2017 erhöhten sich die bereinigten Umsätze im Tiefbau und im Hochbau (+8,8 bzw. +4,1 Prozent). Alle Baubereiche verbesserten ihr Vormonatsergebnis. Die höchsten Zuwächse verzeichneten

Indikator	Feb. 2017		Jan. bis Feb. 2017
	Veränderung des Wertes <sup>1</sup> zu		
	Jan. 2017	Feb. 2016	Jan. bis Feb. 2016
<b>Auftragseingang</b>	3,2 % ↑	25,1 % ↑	24,1 % ↑
Hochbau insgesamt	-1,4 % ↓	21,2 % ↑	28,3 % ↑
Wohnungsbau	-2,3 % ↓	21,3 % ↑	31,2 % ↑
gewerblicher Hochbau	-6,8 % ↓	7,4 % ↑	17,6 % ↑
öffentlicher Hochbau	46,2 % ↑	100,6 % ↑	46,6 % ↑
Tiefbau insgesamt	3,3 % ↑	25,2 % ↑	20,9 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-4,2 % ↓	68,8 % ↑	79,5 % ↑
öffentlicher Tiefbau	14,7 % ↑	-10,2 % ↓	-22,2 % ↓
Straßenbau	3,6 % ↑	25,8 % ↑	22,4 % ↑
<b>Baugewerblicher Umsatz</b>	6,4 % ↑	4,5 % ↑	2,0 % ↑
Hochbau insgesamt	4,1 % ↑	5,3 % ↑	4,2 % ↑
Wohnungsbau	4,2 % ↑	15,0 % ↑	12,6 % ↑
gewerblicher Hochbau	2,7 % ↑	6,9 % ↑	7,9 % ↑
öffentlicher Hochbau	8,0 % ↑	-14,5 % ↓	-17,6 % ↓
Tiefbau insgesamt	8,8 % ↑	3,8 % ↑	-0,1 % ↓
gewerblicher Tiefbau	8,9 % ↑	1,4 % ↗	-0,2 % ↓
öffentlicher Tiefbau	9,9 % ↑	5,0 % ↑	1,7 % ↗
Straßenbau	8,2 % ↑	4,6 % ↑	-1,0 % ↓

<sup>1</sup> Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

der öffentliche sowie der gewerbliche Tiefbau (+9,9 bzw. +8,9 Prozent). Für den Straßenbau sowie den öffentlichen Hochbau errechneten sich ebenfalls deutliche Umsatzsteigerungen (+8,2 bzw. +8 Prozent). Gegenüber Februar 2016 erhöhten sich die baugewerblichen Umsätze im Hochbau um 5,3 Prozent. Der Tiefbau konnte seine Erlöse um 3,8 Prozent steigern.

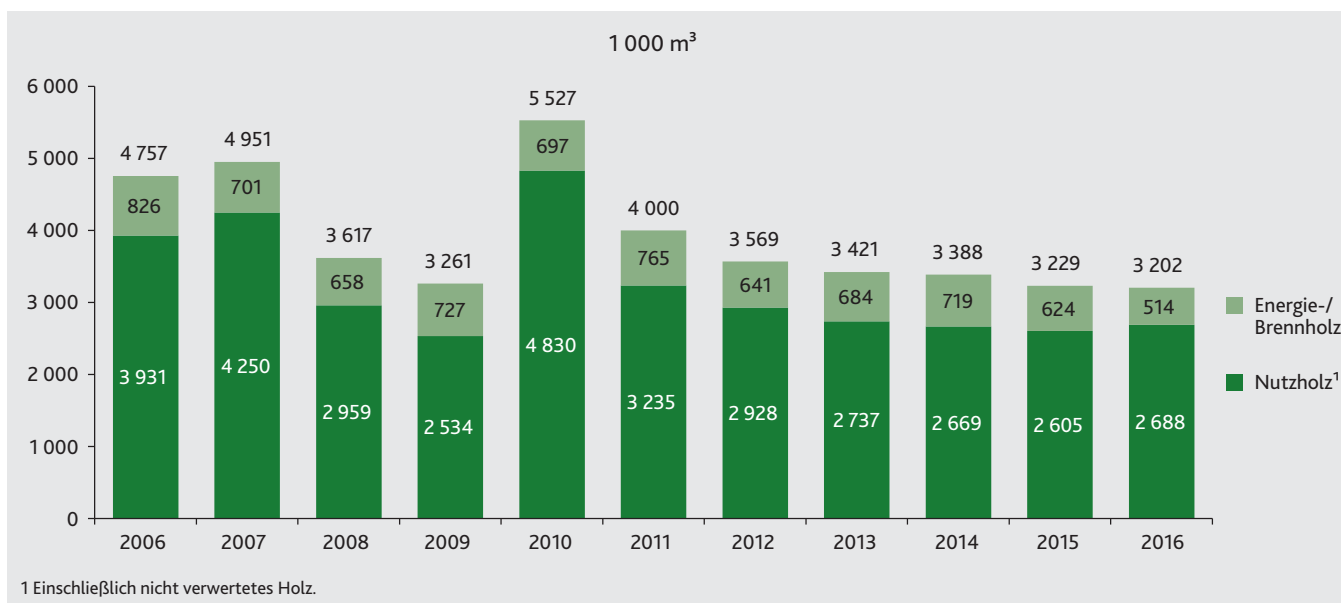
### Holzeinschlag auf Vorjahresniveau – Fast zwei Drittel Nadelholz

Im Jahr 2016 wurden in Rheinland-Pfalz 3,2 Millionen Kubikmeter Holz eingeschlagen (gerechnet ohne Rinde). Das war knapp ein Prozent weniger als im Vorjahr. In Deutschland wurden 2015 rund 55,6 Milli-

onen Kubikmeter Holz eingeschlagen. Der rheinland-pfälzische Anteil hieran betrug knapp sechs Prozent. Der Holzeinschlag im Land ist damit seit 2010 weiter rückläufig. Seinerzeit hatte er infolge der vom Orkan Xynthia verursachten Schäden bei überdurchschnittlichen 5,5 Millionen Kubikmeter gelegen.

Die wichtigsten Holzarten, die 2016 eingeschlagen wurden, waren Fichte, Tanne und Douglasie mit insgesamt 52 Prozent. Buchenholz sowie sonstige Laubhölzer kamen auf einen Anteil von 28 Prozent. Kiefern- und Lärchenholz stellten 13 Prozent des Einschlags. Eichenhölzer erreichten gut sieben Prozent.

## Holzeinschlag 2006–2016 nach Nutzung des Holzes



Rund 16 Prozent des gesamten Holzeinschlags wurde energetisch zur Erzeugung von Wärme und Strom genutzt. Mit rund 514 000 Kubikmetern Energieholz wurden 18 Prozent weniger als 2015 für Zwecke der Energiegewinnung eingesetzt. Gut die Hälfte des gesamten Einschlags erfolgte im kommunalen und kirchlichen Wald (Körperschaftswald). Im Staatswald wurden 38 Prozent eingeschlagen. Auf knapp neun Prozent wurde der auf den Privatwald entfallende Holzeinschlag geschätzt.

### Mehr als 6 000 Personen eingebürgert

Im Verlauf des Jahres 2016 wurden in Rheinland-Pfalz 6 064 Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert. Das sind 308 (5,4 Prozent) mehr als im Jahr zuvor. Von den 2 661 Männern und 3 403 Frauen lebten rund ein Viertel schon 22 und mehr Jahre

in Deutschland. Im Schnitt waren die Betroffenen rund 33 Jahre alt.

Die Liste der am häufigsten eingebürgerten Nationalitäten wird wie schon seit Jahren von türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern (818) angeführt. Es folgen Polinnen und Polen (485), Italienerinnen und Italiener (307), Menschen aus dem Kosovo und der Ukraine (jeweils 232) sowie aus Rumänien (223). Mit annähernd 198 Britinnen und Briten erhielten im Jahr des Brexit-Referendums so viele Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreiches die deutsche Staatsbürgerschaft, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Diese behielten allerdings allesamt auch ihren Britischen Pass. Dies gilt auch für die Angehörigen der übrigen EU-Länder Polen, Italien und Rumänien, wohingegen von den eingebürgerten Personen aus der Türkei lediglich rund 26 Prozent, aus dem Kosovo 15 Prozent und aus der Ukra-

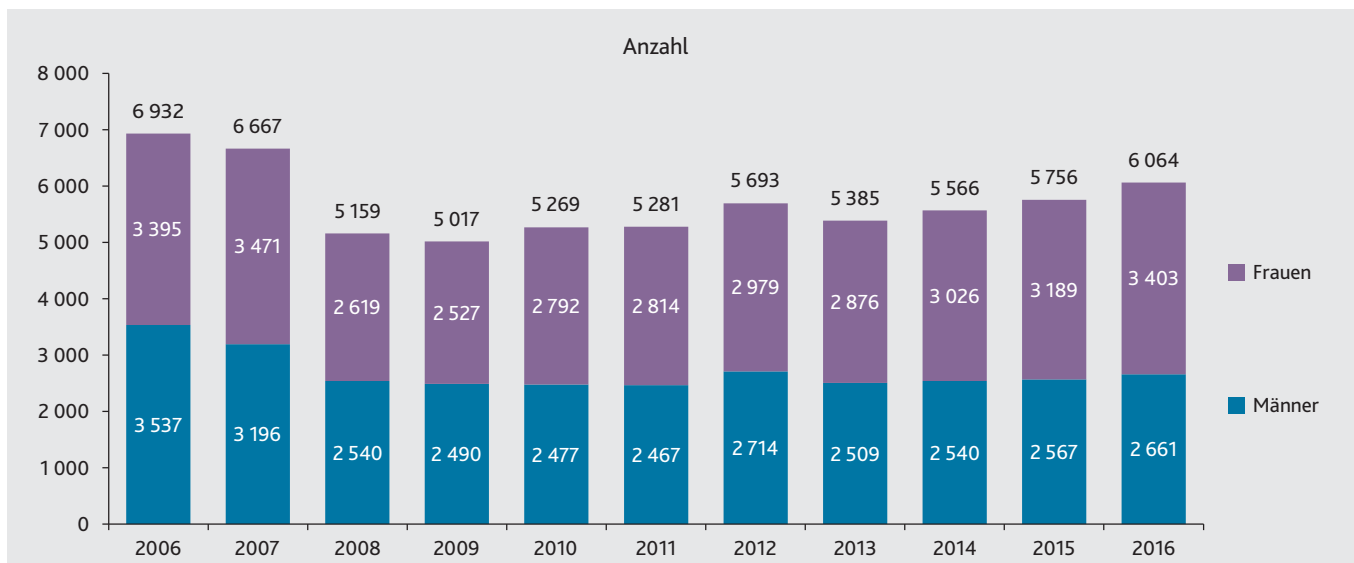
ine elf Prozent ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufrecht erhielten, bzw. aufrecht erhalten konnten.

Bezogen auf die hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer und dabei beschränkt auf Nationalitäten, die im Jahresdurchschnitt 2015 landesweit mit mindestens 100 Personen vertreten waren, ergibt sich die höchste Einbürgerungsneigung bei Menschen aus Libyen (15 Prozent) und Angola (elf Prozent), Staatenlosen und Dominikanerinnen und Dominikanern (jeweils zehn Prozent) sowie Kubanerinnen und Kubanern (9,2 Prozent). Britinnen und Briten sowie Türkinnen und Türken belegen mit 4,5 Prozent bzw. 1,4 Prozent Einbürgerungen lediglich die Ränge 19 bzw. 62.

Wie bereits in den Vorjahren wurde die mit Abstand höchste Zahl von Einbürgerungsurkunden in den kreisfreien Städten Ludwigshafen (1 016)



## Eingebürgerte Personen 2006–2016 nach Geschlecht

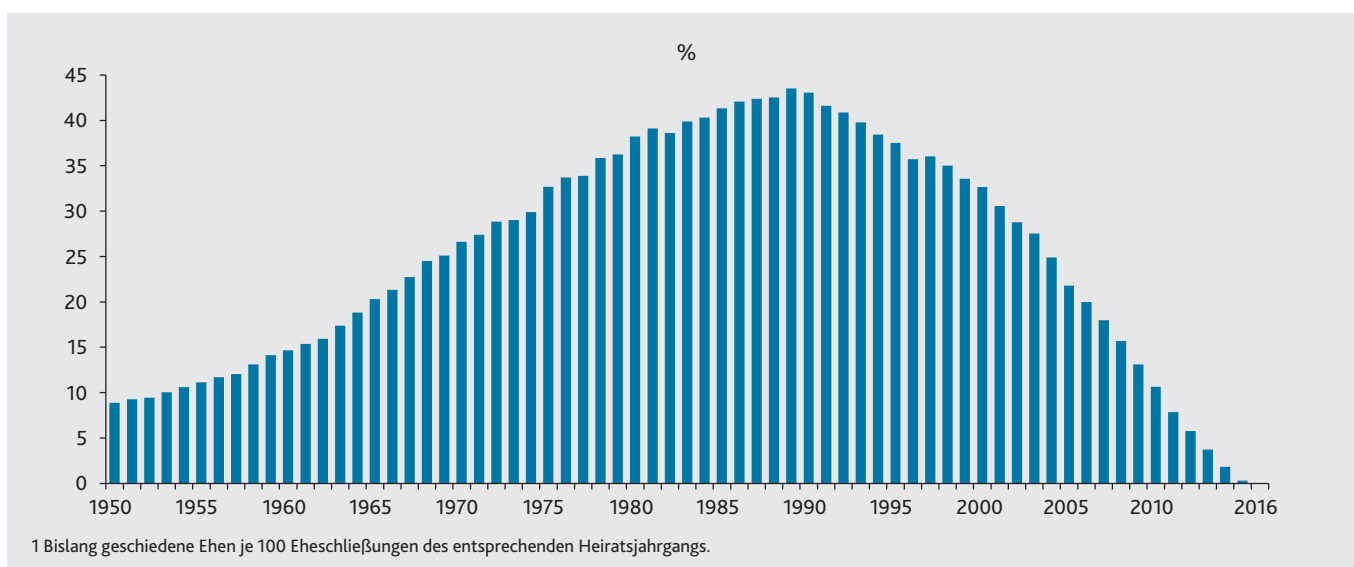


und Mainz (586) ausgehändigt. Die wenigsten Einbürgerungen erfolgten in der kreisfreien Stadt Zweibrücken (32) und im Landkreis Cochem-Zell (30). Gemessen an der Zahl der im Jahresdurchschnitt 2015 im Ausländerzentralregister registrierten Personen belegte ebenfalls die kreisfreie

Stadt Ludwigshafen den Spitzenplatz. In Ludwigshafen erhielten 2,5 Prozent der dort lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass. Es folgte die kreisfreie Stadt Speyer mit 2,4 Prozent. Relativ gesehen die wenigsten Einbürgerungen gab es im Eifelkreis Bitburg-Prüm (0,5 Prozent).

## Zahl der Scheidungen hat 2016 wieder leicht zugenommen

Von den rheinland-pfälzischen Familiengerichten wurden 2016 insgesamt 8 897 Ehen geschieden. Im Vergleich zum Vorjahr (8 835 Scheidungen) ist damit erstmals seit 2011 wieder eine

Gesamtscheidungsquoten<sup>1</sup> der Heiratsjahrgänge 1950–2016

Zunahme (+0,7 Prozent) zu verzeichnen. Seit Landesgründung wurde der bisherige Höhepunkt mit 11 567 Scheidungen im Jahr 2003 registriert.

Von den im Jahr 2016 beendeten Ehen scheiterten die meisten (495 bzw. sechs Prozent) im „verflixten siebenten Jahr“. Allerdings hält der Trend, sich auch nach langjähriger Ehe zu trennen, weiterhin an. Der Anteil der Ehen, die zum Zeitpunkt der Scheidung noch keine fünf Jahre bestanden hatten, lag in den 70er-Jahren bei fast 30 Prozent (2016: zwölf Prozent). Gleichzeitig erhöhte sich der Anteil der geschiedenen Ehen, die vorher mehrere Jahrzehnte Bestand hatten. Im Jahr 2016 trennten sich 1 484 Paare (17 Prozent), die bereits die silberne Hochzeit gefeiert hatten (1970: vier Prozent).

Im vergangenen Jahr wurden durch die Trennung ihrer Eltern 6 365 minderjährige Kinder zu Scheidungswai-

sen. Die Entwicklung der Sorgerechtsentscheidungen bei rechtskräftigen Ehescheidungen zeigt eine deutliche Zunahme der Bereitschaft, auch nach der Trennung weiterhin gemeinsam für die Kinder Sorge zu tragen. Im Jahr 2016 wurde im Rahmen eines Scheidungsverfahrens lediglich in 59 Fällen (drei Prozent) die Übertragung des Sorgerechts auf einen Elternteil durch den Familienrichter angeordnet. Im Jahr 2006 erstritten sich in 310 Fällen (acht Prozent) die Mutter oder der Vater nach der Trennung das alleinige Sorgerecht.

Im Jahr 2016 wurden zudem 59 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durch gerichtlichen Beschluss aufgehoben; im Vorjahr waren es 47.

#### Erneut weniger Auszubildende

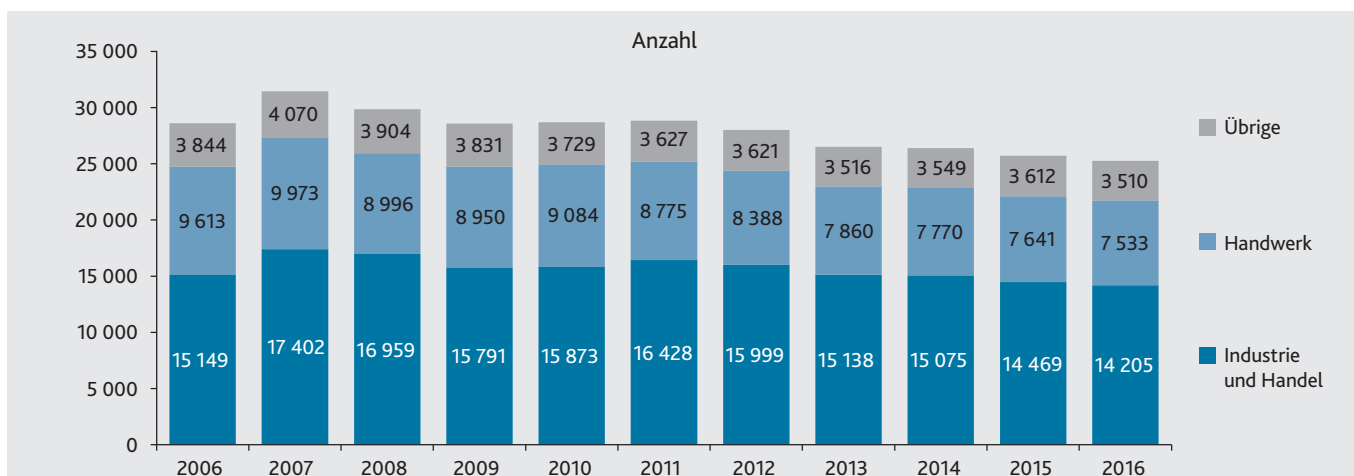
Im Jahr 2016 schlossen in Rheinland-Pfalz 25 248 junge Männer und Frauen im Rahmen einer dualen

Berufsausbildung einen neuen Ausbildungsvertrag ab. Nach vorläufiger Auswertung waren das 474 Neuabschlüsse weniger als im Vorjahr (-1,8 Prozent).

Die meisten Neuabschlüsse verzeichneten die Industrie- und Handelskammer (14 205), die Handwerkskammer (7 533) und die Kammern der freien Berufe (2 070). Alle Kammern sowie die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz meldeten gegenüber dem Vorjahr einen Rückgang der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge (-1,8 Prozent).

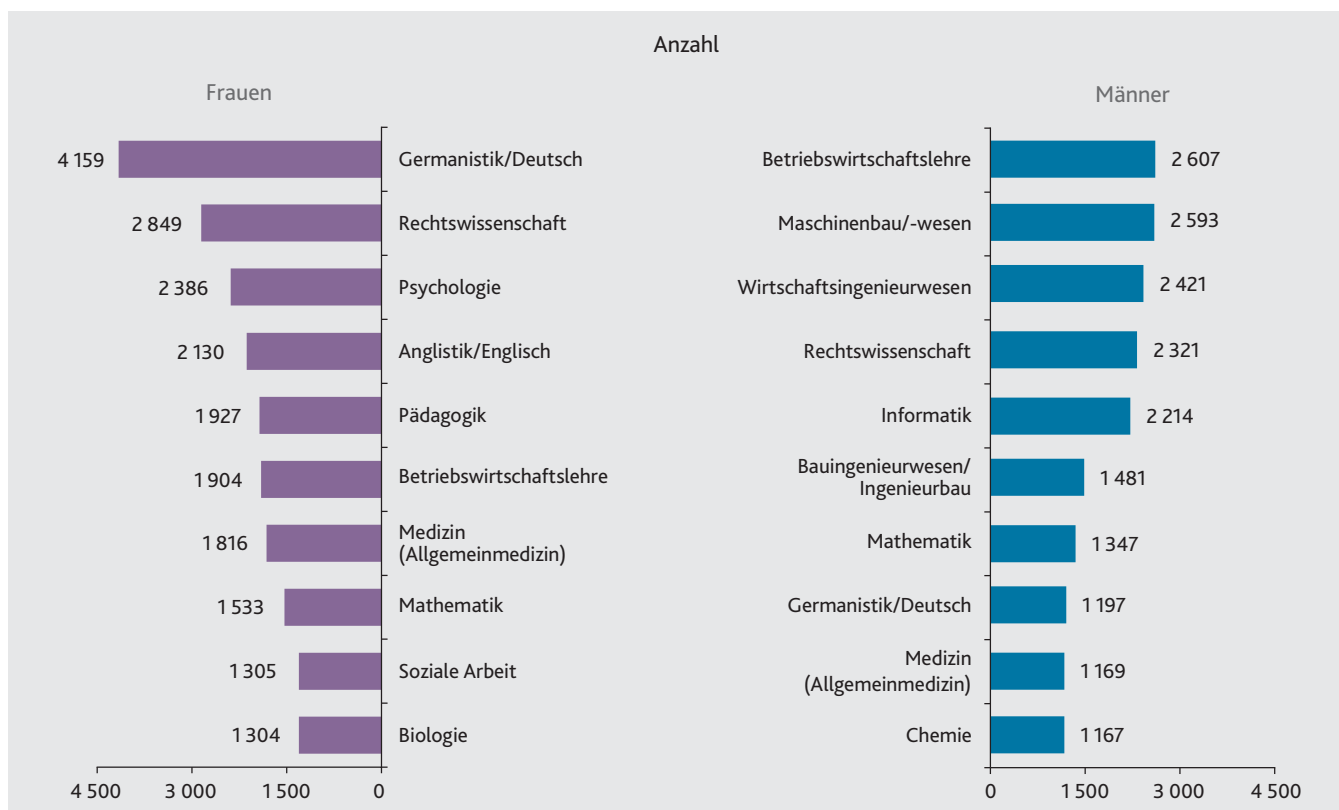
Sechs von zehn neuen Ausbildungsverträgen wurden von Männern abgeschlossen, in handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen beinahe acht von zehn. Auch in den rund 270 Ausbildungsberufen der Industrie- und Handelskammern haben mehr Männer (63 Prozent) als

Auszubildende mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen 2006–2016<sup>1</sup> nach Ausbildungsbereichen



<sup>1</sup> Aus Geheimhaltungsgründen sind ab dem Jahr 2010 alle Daten (Absolutwerte) jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; der Gesamtwert kann deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen. 2016: Ergebnis der vorläufigen Auswertung der durch die zuständigen Stellen gemeldeten Zahlen.

## Studierende und die zehn am stärksten besetzten Studienfächer 2016/17 nach Geschlecht



Frauen einen neuen Ausbildungsvertrag unterschrieben. In der Hauswirtschaft (93 Prozent), den Freien Berufen (93 Prozent) und im Öffentlichen Dienst (60 Prozent) waren hingegen die jungen Frauen in der Mehrheit.

Seit 1986 ist die Gesamtzahl der jungen Erwachsenen in einer Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz um rund 40 900 gesunken. Mit insgesamt 65 900 Auszubildenden hat sie 2016 einen neuen Tiefststand erreicht. Mitte der 90er-Jahre stabilisierte sich die Auszubildendenzahl. Doch seit 2009 setzte sich der Rückgang weiter fort. Die rückläufige Zahl begründet sich u. a. durch die anhaltende Tendenz junger Menschen,

einen akademischen Bildungsabschluss anzustreben oder eine vollschulische Ausbildung zu absolvieren, beispielsweise an einer Schule des Gesundheitswesens oder Fachschule.

Im Rahmen der Berufsbildungsstatistik werden nur Auszubildende erfasst, die eine Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) absolvieren. Daten zu anderen Wegen der beruflichen Ausbildung, beispielsweise an Schulen des Gesundheitswesens (rund 7 800 Schülerinnen und Schüler), Fachschulen (9 400), Höheren Berufsfachschulen (10 900) und 3-jährigen Berufsfachschulen (500), sind im Wesentlichen der Schulstatistik zu entnehmen.

### Girls' and Boys' Day: Berufs- und Studienwahl junger Frauen und Männer

Im Bildungswesen, in der Berufs- und Studienwahl sowie in der Berufspraxis bestehen nach wie vor stereotypische Unterschiede zwischen den Geschlechtern.

Beim Girls' Day bzw. Boys' Day, der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird, sollen Jungen in Berufsfelder hineinblicken können, in denen häufiger Frauen tätig sind, Mädchen in Berufe, die traditionell eher von Männern ausgeübt werden. Die Jugendlichen sollen ihre Fähigkeiten und Interessen erkunden, die Vielfalt

der Lebensentwürfe und Laufbahnentwicklungen erleben und differenzierte Rollenbilder diskutieren.

Bereits an allgemeinbildenden Schulen zeigten sich auch noch im Jahr 2016 geschlechterspezifische Unterschiede in den Bildungsverläufen. Während junge Männer unter den Absolventinnen und Absolventen mit Berufsreife in der Mehrzahl waren (60 Prozent), lag der Frauenanteil unter den Abiturientinnen und Abiturienten elf Prozentpunkte über dem Anteil der Männer. Außerdem waren männliche Schüler häufiger unter den Nichtversetzten (60 Prozent) und den Schulabgängern ohne Berufsreife (64 Prozent) vertreten.

Bei der Wahl mathematisch-naturwissenschaftlicher Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe unterschieden sich die Geschlechter ebenfalls: Während 43 Prozent der jungen Männer einen Leistungskurs in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie, Biologie oder Informatik wählten, waren es bei den jungen Frauen nur 33 Prozent.

Zu Beginn des Schuljahres 2016/17 besuchten 51 500 junge Frauen eine berufsbildende Schule und 6 000 eine Schule des Gesundheitswesens. Zu den beliebtesten berufsqualifizierenden Bildungsgängen zählten die Ausbildungen zur Erzieherin (4 600), zur Gesundheits- und Krankenpflegerin (3 000) und zur Kauffrau für Büromanagement (2 900). Die zehn von Frauen am häufigsten besuchten Ausbildungsgänge sind im Wesent-

lichen sozialen, pflegerischen und kaufmännischen Berufen zuzuordnen.

Unter den rund 70 000 jungen Männern an berufsbildenden Schulen wurden die berufsqualifizierenden Bildungsgänge zum Elektroniker (4 600), Kraftfahrzeugmechaniker (3 500) und Anlagenmechaniker (2 600) am häufigsten besucht. Männer präferierten häufig technisch-handwerkliche Berufe.

Im Wintersemester 2016/17 studierten rund 62 200 junge Frauen und 60 000 junge Männer an einer Hochschule in Rheinland-Pfalz. Unter den zehn am häufigsten gewählten Studienfächern waren bei den Männern sechs naturwissenschaftlich-technische Fächer. Dagegen waren bei den jungen Frauen geistes-, sozial- und rechtswissenschaftliche Fächer deutlich beliebter. Mit rund 4 200 Studentinnen waren die meisten Frauen in das Fach „Germanistik/Deutsch“ eingeschrieben, gefolgt von den Fächern „Rechtswissenschaft“ (2 800), „Psychologie“ (2 400), „Anglistik/Englisch“ (2 100) und „Pädagogik/Erziehungswissenschaften“ (1 900). Bei den jungen Männern waren hingegen „Betriebswirtschaftslehre“ (2 600), „Maschinenbau/-wesen“ (2 600), „Wirtschaftsingenieurwesen“ (2 400), „Rechtswissenschaft“ (2 300) und „Informatik“ (2 200) die meistgewählten Fächer.

Nach wie vor bestehen Unterschiede in den Verdiensten, die Männer und Frauen im Rahmen ihrer Erwerbstätigkeit erhalten. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst von berufstätigen Frauen lag 2016 rund

20 Prozent niedriger als der Verdienst von Männern. Eine Frau müsste durchschnittlich rund 14,5 Monate arbeiten, um die gleiche Summe zu verdienen, die ein Mann innerhalb von zwölf Monaten erhält.

### Mehr Pkw-Neuzulassungen im ersten Quartal 2017

Die Zahl der in Rheinland-Pfalz neu zugelassenen Pkw ist in den ersten drei Monaten des Jahres 2017 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. In diesem Zeitraum wurden 32 514 Pkw neu zugelassen; das waren fünf Prozent mehr als im Vergleichszeitraum 2016 (Deutschland: +6,7 Prozent). Auch bei den Lastkraftwagen nahmen die Neuzulassungen um 7,8 Prozent auf 3 091 Fahrzeuge zu. Bei den Zugmaschinen stieg die Zulassungszahl um 7,4 Prozent auf 1 085. Die Zahl der neu zugelassenen Krafträder lag hingegen mit 1 792 um 12,5 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes.

Insgesamt wurden in Rheinland-Pfalz 38 782 Fahrzeuge neu zugelassen, 4,4 Prozent mehr als im ersten Quartal 2016 (Deutschland +6,2 Prozent).

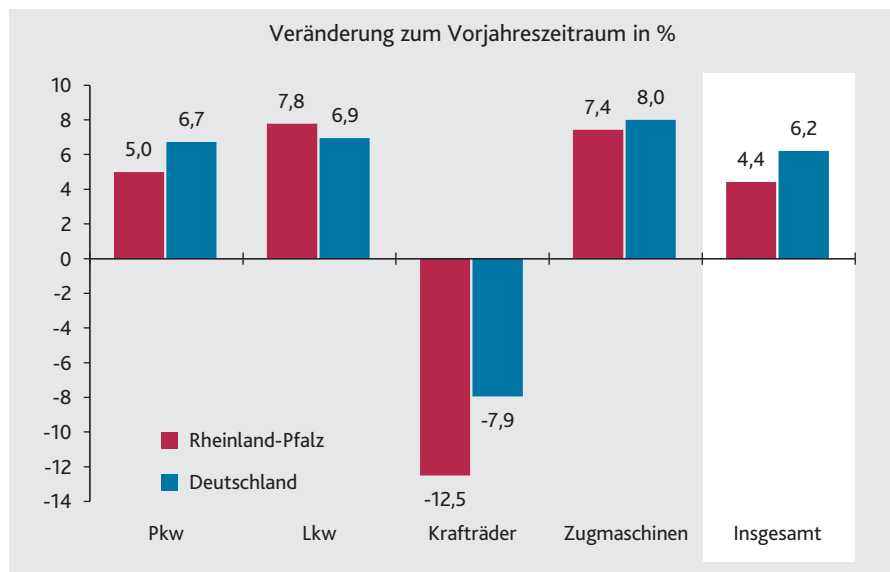
Mit 102 656 Besitzumschreibungen (+4 Prozent) nahm auf dem Gebrauchtwagenmarkt für Pkw das Niveau gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht zu. Deutlicher stieg der Handel mit gebrauchten Nutzfahrzeugen. Während zehn Prozent mehr Lkw die Besitzer wechselten, nahm der Handel mit gebrauchten Zugmaschinen um zwölf Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Die Zahl der Umschrei-

bungen gebrauchter Krafträder stieg um 18 Prozent. Insgesamt wechselten 116 609 Kraftfahrzeuge ihre Besitzer, das waren 5,1 Prozent mehr als zwischen Januar und März 2016 (Deutschland: +3,1 Prozent).

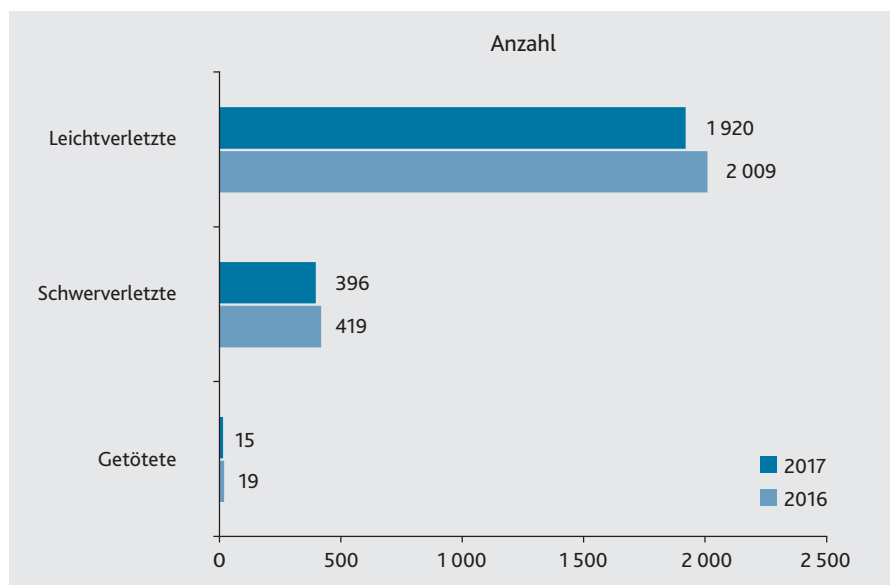
### Weniger Todesopfer und Verletzte im Straßenverkehr

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2017 verloren in Rheinland-Pfalz 15 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren das vier Todesopfer weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 5,5 Prozent auf 396 zurück. Leicht verletzt wurden 1 920 Personen, das waren 4,4 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der von der Polizei insgesamt registrierten Unfälle stieg hingegen um 1,5 Prozent auf 21 284.

### Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen in Rheinland-Pfalz und in Deutschland von Januar bis März 2017



### Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis Februar 2016 und 2017





## 70 Jahre Rheinland-Pfalz: Ein statistischer Streifzug



Lupo / pixelio.de

Einen Streifzug durch sieben Jahrzehnte Rheinland-Pfalz hat das Statistische Landesamt jetzt aus Anlass des 70-jährigen Bestehens des Landes veröffentlicht. Die Internetpublikation zeichnet mit Grafiken, Tabellen und kurzen Texten die wichtigsten Entwicklungen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft nach. Sie ist abrufbar unter [www.statistik.rlp.de/de/ueber-uns/70-jahre-rlp](http://www.statistik.rlp.de/de/ueber-uns/70-jahre-rlp). Am 18. Mai jährt sich die Volksabstimmung über die Landesverfassung zum 70. Mal.

„Beleuchtet werden Themen, die sich lückenlos und ohne methodische Brüche von den 50er-Jahren bis heute darstellen lassen“, kommentiert der Präsident des Statistischen Landesamtes Jörg Berres. Da Wirtschaft, Staat und Gesellschaft einem ständigen Wandel unterliegen und die amtliche Statistik die Aufgabe hat, immer die aktuellen Strukturen und Entwicklungen aufzuzeigen, gab es im Laufe der Jahrzehnte in vielen Bereichen methodische Änderungen, die zu Brüchen in den Zeitreihen führen. So wird beispielsweise die Statistik der Kindertagesbetreuung in der heutigen Form erst seit dem Jahr 2006 erhoben.

Eine kleine Auswahl von Entwicklungen und Strukturen:

- Die Bevölkerungszahl wuchs von rund drei Millionen zur Zeit der Landesgründung auf aktuell gut vier Millionen.
- Die Zahl der Menschen, die 65 Jahre und älter sind, hat sich gegenüber 1950 verdreifacht, die Zahl der unter 20-Jährigen liegt aktuell um 20 Prozent unter dem Wert von 1950.
- Der Bund fürs Leben wird immer später geschlossen. 1950 war eine Braut durchschnittlich 25 Jahre alt, aktuell gut 30 Jahre. Bei den Männern hat sich das durchschnittliche Heiratsalter in diesem Zeitraum von 28 auf 33 Jahre erhöht.
- Die Zahl der Privathaushalte hat sich seit 1950 von 920 000 auf gut 1,9 Millionen mehr als verdoppelt. Der Anteil der Alleinlebenden stieg von 14 auf über 37 Prozent.
- Von gut 700 000 auf fast zwei Millionen ist die Zahl der Wohnungen seit 1950 gewachsen.
- Rund 40 Prozent der jungen Leute verlassen die Schule heute mit dem Abitur in der Tasche. Bis in die 70er-Jahre waren es noch weniger als zehn Prozent.
- Die Zahl der Erwerbstätigen, die ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz haben, ist von gut 1,3 Millionen im Jahr 1950 auf aktuell knapp zwei Millionen gestiegen.
- Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen, die Summe der im Land produzierten Waren und Dienstleistungen, erreichte im Jahr 2016 einen Wert von gut 139 Milliarden Euro. Im Jahr 1950 lag der Wert umgerechnet bei knapp drei Milliarden Euro.
- Auf den Straßen im Land sind immer mehr Autos unterwegs. Auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen 1950 zwölf Pkw, 2016 waren es knapp 600.
- Das Reiseland Rheinland-Pfalz verbuchte über die Jahrzehnte fast immer steigende Gästezahlen. Gegenüber dem Jahr 1950 ist die Zahl der Übernachtungsgäste auf das siebenfache angestiegen.
- Mehr als die Hälfte ihres Umsatzes erzielt die rheinland-pfälzische Industrie inzwischen im Ausland. Im Jahr 1950 stammte umgerechnet nur jeder neunte Euro Umsatz aus dem Export.
- Kaum ein Wirtschaftsbereich hat sich über die Jahrzehnte so stark gewandelt wie die Landwirtschaft. Die Zahl der Betriebe sank von 212 000 im Jahr 1949 auf aktuell rund 18 000.

### Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im April 2017

Die Inflationsrate ist im April 2017 auf 1,9 Prozent gestiegen. Damit war die Teuerungsrate etwas niedriger als im Januar und Februar, aber deutlich höher als im März, als sie nur bei 1,3 Prozent gelegen hatte.

Energie war um 4,9 Prozent teurer als ein Jahr zuvor. Vor allem die Preise für Mineralölprodukte zogen deutlich an (+14 Prozent). Die Preise für Nahrungsmittel lagen um 1,7 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Teuerungsrate ohne Nahrungsmittel und Energie, die oft auch als Kerninflation bezeichnet wird, war im April 2017 mit +1,4 Prozent deutlich höher als im März, als sie mit +0,8 Prozent auf einem außergewöhnlich niedrigen Niveau gelegen hatte.

Die höchsten Preissteigerungen gab es im Verkehrsbereich (+3,7 Prozent). Es folgten die Hauptgruppen „Frei-

zeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (+2,9 bzw. +2,5 Prozent). Preisrückgänge waren dagegen in den Hauptgruppen „Nachrichtenübermittlung“ und „Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör“ zu verzeichnen (-0,9 bzw. -0,4 Prozent).

Der Verbraucherpreisindex lag im April 2017 um 0,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Merkliche Preissteigerungen wurden in der Hauptgruppe „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ registriert (+1,7 Prozent). In der Hauptgruppe „Verkehr“ waren die Preise um 0,9 Prozent höher als im März. In vier Hauptgruppen waren die Preise niedriger, darunter „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (-1,8 bzw. -0,8 Prozent).

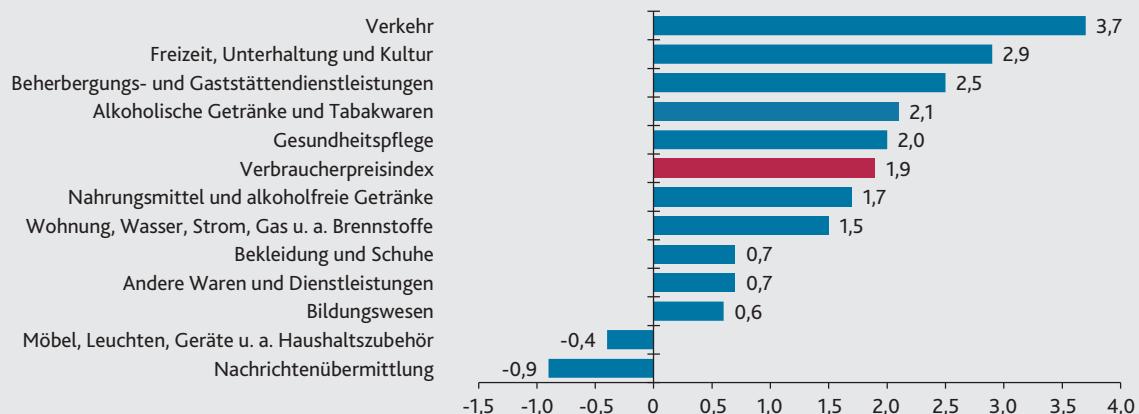
### Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

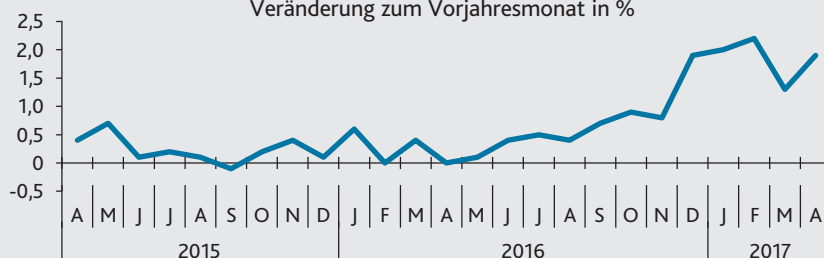
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in rund 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 700 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

### Verbraucherpreisindex im April 2017

Veränderung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen zu April 2016 in %



Veränderung zum Vorjahresmonat in %



#### April 2017

- Verbraucherpreisindex: +1,9%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
- Butter: +43,8%
- Weintrauben: -16,8%

Gewerbeanmeldungen 2016 nach Verwaltungsbezirken

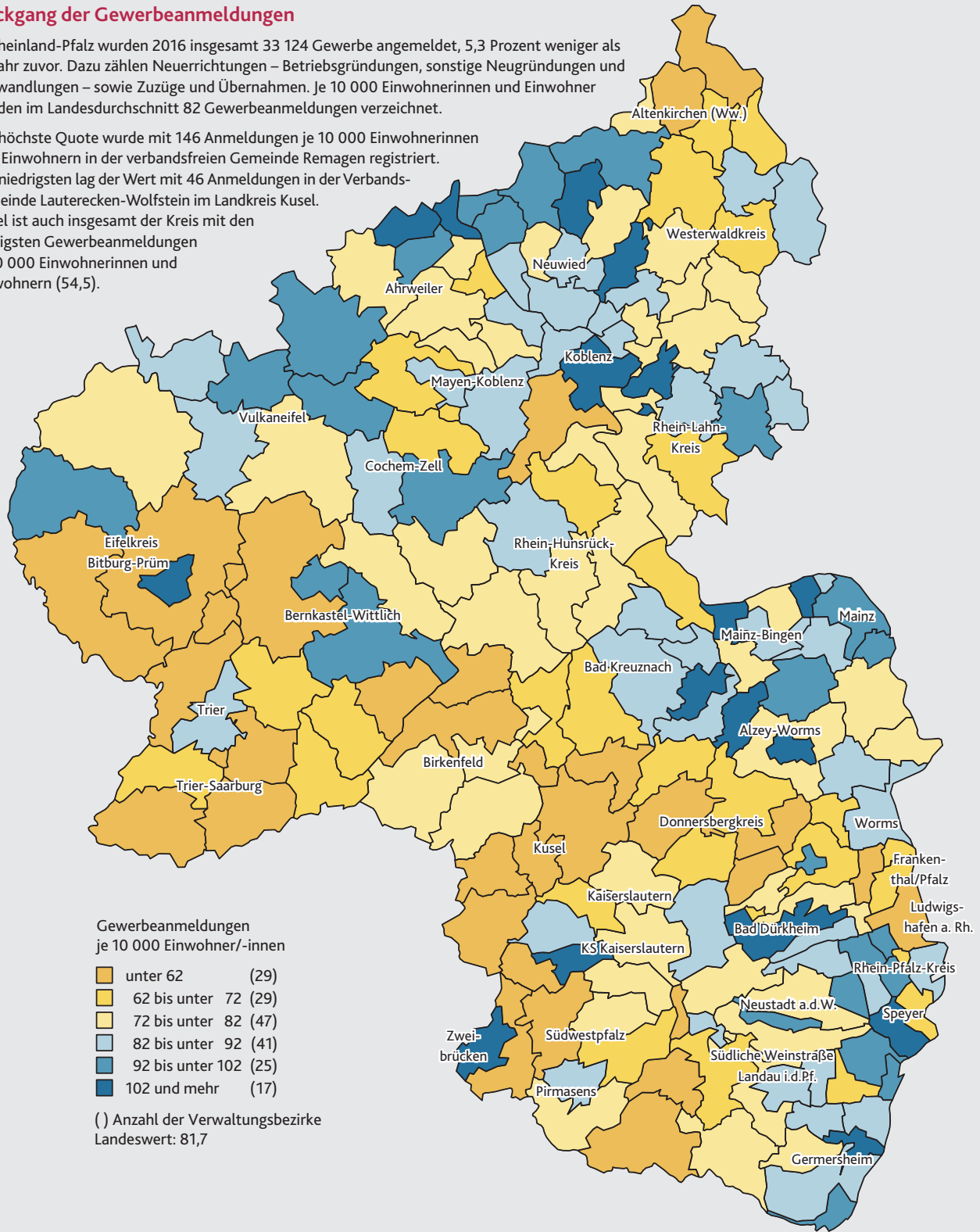
**Rückgang der Gewerbeanmeldungen**

In Rheinland-Pfalz wurden 2016 insgesamt 33 124 Gewerbe angemeldet, 5,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Dazu zählen Neuerrichtungen – Betriebsgründungen, sonstige Neugründungen und Umwandlungen – sowie Zuzüge und Übernahmen. Je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner wurden im Landesdurchschnitt 82 Gewerbeanmeldungen verzeichnet.

Die höchste Quote wurde mit 146 Anmeldungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern in der verbandsfreien Gemeinde Remagen registriert.

Am niedrigsten lag der Wert mit 46 Anmeldungen in der Verbandsgemeinde Lauterecken-Wolfstein im Landkreis Kusel.

Kusel ist auch insgesamt der Kreis mit den wenigsten Gewerbeanmeldungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern (54,5).



## Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016

### Bruttoinlandsprodukt steigt um 1,5 Prozent



Von Dr. Annette Illy

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2016 ordentlich gewachsen; das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt nahm um 1,5 Prozent zu. Die Wachstumsdynamik ließ im Berichtsjahr jedoch deutlich nach. Die Wachstumsrate fiel wesentlich niedriger aus als 2015. Allerdings war die Zuwachsrate 2015 mit +3,1 Prozent auch ungewöhnlich hoch. Zum Wachstum trugen sowohl das Produzierende Gewerbe als auch der Dienstleistungssektor bei. Insbesondere der Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ erzielte einen kräftigen Wertschöpfungszuwachs. Die Industrie und das Baugewerbe verzeichneten ebenfalls einen Anstieg der Wirtschaftsleistung. Im Vergleich zu Deutschland verlief die Entwicklung allerdings unterdurchschnittlich.

#### Wirtschaftswachstum verliert an Dynamik

Bruttoinlandsprodukt steigt preisbereinigt um 1,5 Prozent

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft ist 2016 weiter gewachsen; allerdings hat das Wachstum an Schwung verloren. Nach einem im längerfristigen Vergleich außergewöhnlich kräftigen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2015 (+3,1 Prozent), nahm die Wirtschaftsleistung im Berichtsjahr um 1,5 Prozent zu. Der Zuwachs lag damit auf dem Niveau von 2014. Nach einer ersten, noch vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ fiel das Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz geringer aus als in Deutschland (+1,9 Prozent) und in den alten Bundesländern ohne Berlin (+1,8 Prozent). Im Vergleich mit den anderen Ländern belegt Rheinland-Pfalz einen mittleren Platz.

In jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Berichtsjahr um vier Milliarden Euro bzw. drei Prozent auf 139 Milliarden Euro (Deutschland: +3,3 Prozent). Damit erwirtschaftete Rheinland-Pfalz 4,5 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts.

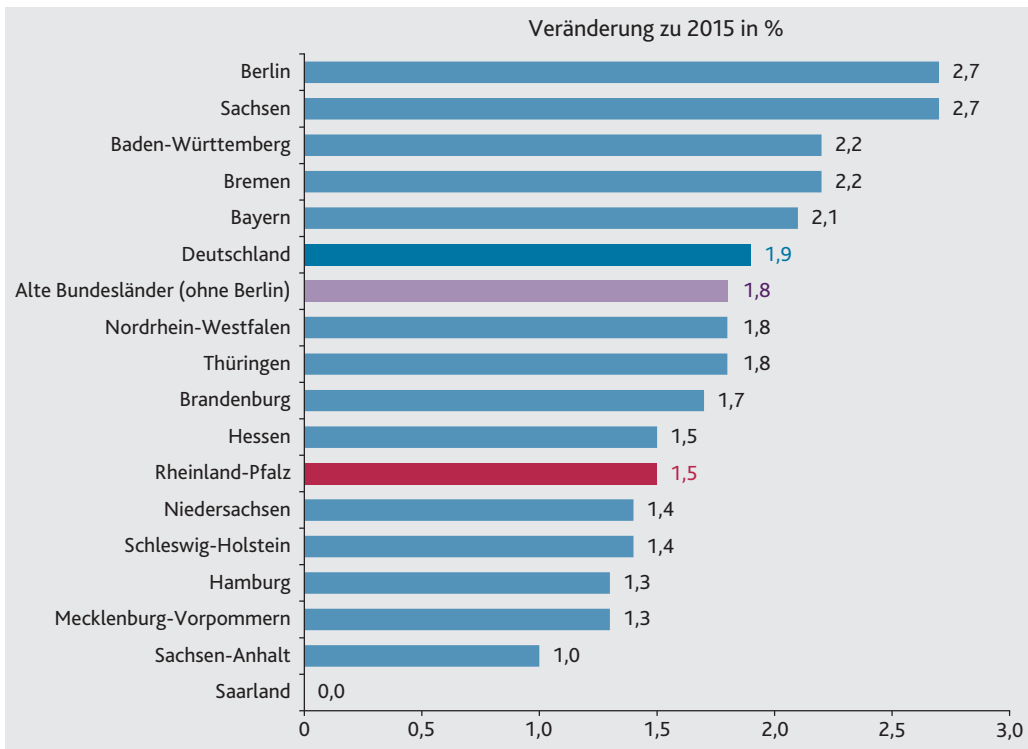
Bruttoinlandsprodukt beträgt 139 Milliarden Euro

#### Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet („Inland“) produzierten Waren und Dienstleistungen (Produktionswert) abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Vorleistungen). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode somit in erster Linie ein Produktionsindikator (Inlandskonzept).

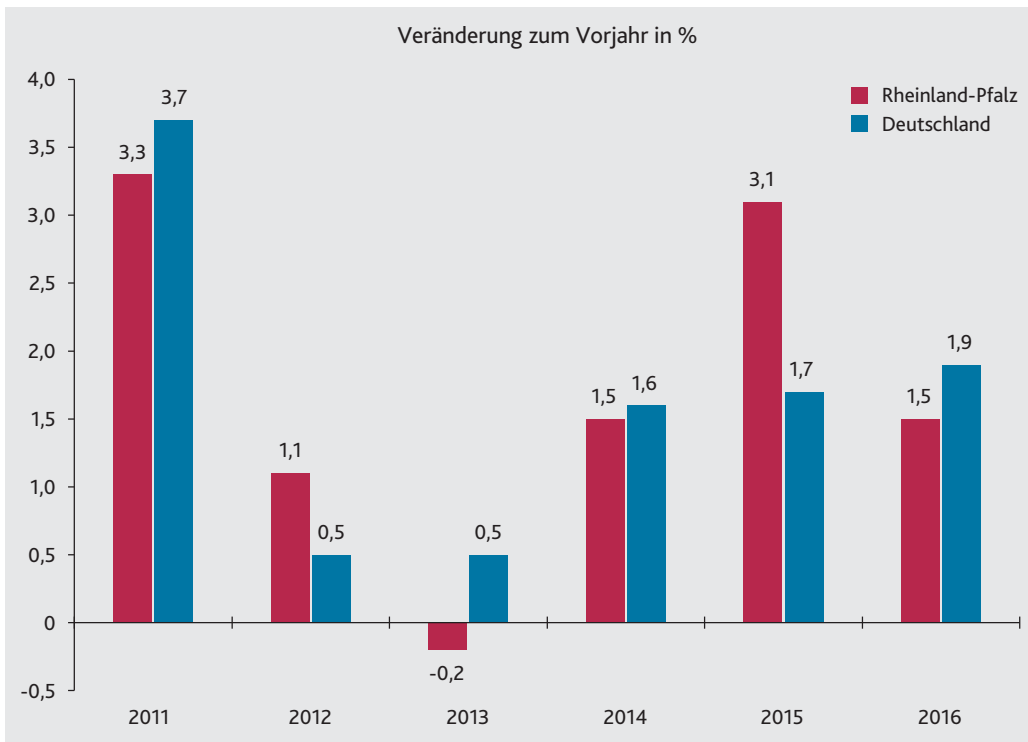
G 1

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt 2016 nach Bundesländern



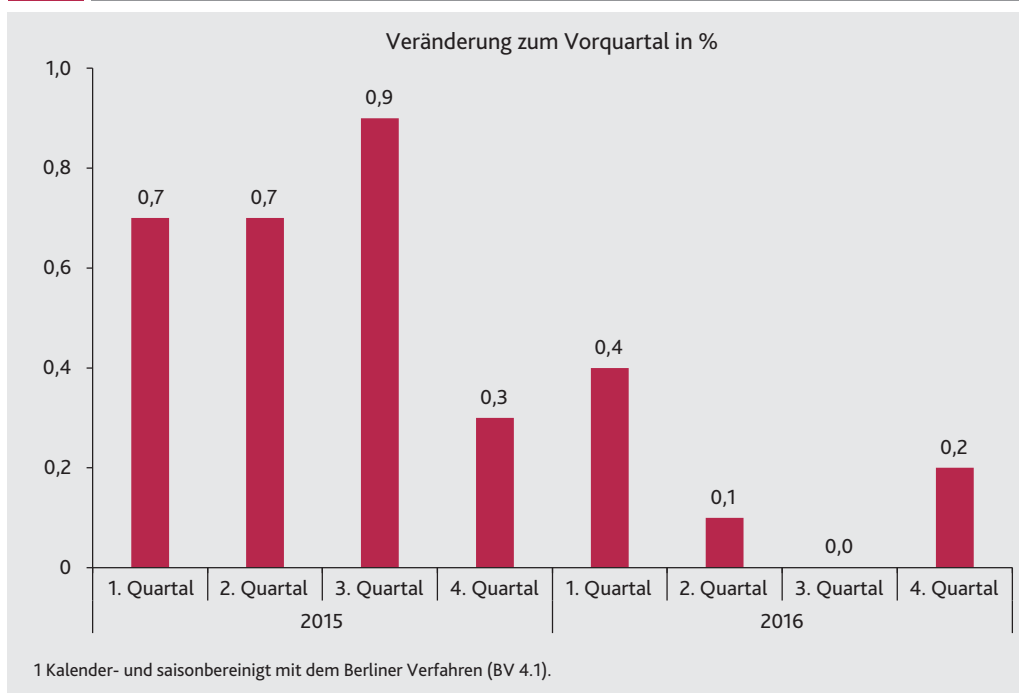
G 2

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2011–2016





G 3

 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt<sup>1</sup> 2015 und 2016 nach Quartalen


T 1

## Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 2016 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	In jeweiligen Preisen		Preisbereinigt		
	Rheinland-Pfalz	Deutschland	Rheinland-Pfalz	Deutschland	
	Mill. EUR	Veränderung zu 2015 in %			
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	139 452	3,0	3,3	1,5	1,9
Bruttowertschöpfung insgesamt	125 578	3,0	3,3	1,5	1,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 501	2,4	3,4	-2,4	0,3
Produzierendes Gewerbe	43 081	3,1	3,2	1,9	1,8
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	36 785	2,4	2,3	1,9	1,6
Verarbeitendes Gewerbe	32 592	1,8	2,5	1,6	1,9
Baugewerbe	6 296	7,5	8,6	1,7	2,8
Dienstleistungsbereiche	80 997	3,0	3,4	1,4	1,9
Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	23 324	3,9	3,3	2,9	2,5
Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen	28 201	2,6	3,0	1,2	1,6
Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	29 471	2,7	4,0	0,3	1,6

Höchster Anstieg der Wertschöpfung im ersten Quartal

Die unterjährige Betrachtung zeigt, dass die rheinland-pfälzische Wirtschaft sehr gut in das neue Jahr gestartet ist, dann aber deutlich an Dynamik verlor. Nach einem Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts

im ersten Quartal um kalender- und saisonbereinigt 0,4 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2015, nahm die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorquartal nur noch geringfügig zu

(+0,1 Prozent). Im dritten Quartal stagnierte das Bruttoinlandsprodukt. Zum Jahresende zog die Konjunktur jedoch wieder etwas an (+0,2 Prozent).

#### Quartalsergebnisse

Die Quartalsergebnisse zur Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz beruhen auf einer ökonometrischen Schätzung, bei der die vom Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« ermittelten Jahresergebnisse mithilfe von Indikatoren, die quartalsweise aus den Unternehmensstatistiken vorliegen (z. B. Umsätze und Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen), auf die Quartale verteilt werden.

Sowohl die Industrie als auch das Baugewerbe und der Dienstleistungsbereich legten zu Jahresbeginn kräftig zu. Im zweiten und dritten Quartal gingen die Zuwachsraten gegenüber dem Vorquartal im Dienstleistungsbereich und in der Industrie jedoch zurück. Zum Jahresende entwickelte sich vor allem der Dienstleistungsbereich deutlich besser als im Quartal zuvor.

#### Zuwachs im Verarbeitenden Gewerbe

Wachstumsimpulse aus der Industrie

Nachdem die Industrie schon 2015 stark zur guten Wirtschaftsentwicklung beigetragen hatte (+5,7 Prozent), legte sie 2016 weiter zu. Preisbereinigt betrug der Anstieg der Bruttowertschöpfung 1,6 Prozent. Der Zuwachs war etwas schwächer als in Deutschland (+1,9 Prozent). Das Verarbeitende Gewerbe erwirtschaftete im Berichtsjahr 26 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung des Landes. Die Industrie hat damit in Rheinland-Pfalz ein deutlich höheres Gewicht als

in Deutschland (knapp 23 Prozent). Deshalb war der Wachstumsbeitrag mit 0,4 Prozentpunkten genauso groß wie im Bundesdurchschnitt.

Die Entwicklung der Umsätze in jeweiligen Preisen zeigt, dass der Wertschöpfungsanstieg im Gegensatz zu den Vorjahren auf die positive Entwicklung des Inlandsgeschäfts zurückzuführen ist. Während die Auslandsumsätze in jeweiligen Preisen um 1,1 Prozent sanken, stiegen die Inlandserlöse um 1,4 Prozent.

Die im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliche Entwicklung der Bruttowertschöpfung ist vor allem auf die Vorleistungsgüterindustrie zurückzuführen, die in Rheinland-Pfalz mehr als die Hälfte der Umsätze generiert (Deutschland: 36 Prozent) und von der Chemischen Industrie dominiert wird. Die Erlöse der Vorleistungsgüterindustrie gingen 2016 um 2,2 Prozent zurück (Deutschland: -1,9 Prozent).

Ähnlich wie in der Industrie verlief die Entwicklung im Baugewerbe, das fünf Prozent zur gesamten Wertschöpfung beitrug (Deutschland: 4,8 Prozent). Preisbereinigt legte die Wertschöpfung in diesem Wirtschaftsbereich um 1,7 Prozent zu und steuerte damit 0,1 Prozentpunkte zum gesamten Wirtschaftswachstum bei. Der Wertschöpfungszuwachs im Baugewerbe war allerdings deutlich geringer als in Deutschland (+2,8 Prozent). Sowohl das Bauhauptgewerbe als auch das Ausbaugewerbe entwickelten sich positiv. Die ausbaugewerblichen Umsätze nahmen nominal um 3,9 Prozent zu (Deutschland: +3,8 Prozent). Im Bauhauptgewerbe wurde ein Anstieg in ähnlicher Größenordnung verzeichnet (+3,8 Prozent). Hier verlief die Bundesentwicklung mit einem Plus von 7,5 Prozent aber deutlich besser als in Rheinland-Pfalz.

Rückgang der Umsätze in der Vorleistungsgüterindustrie

Anstieg der Wertschöpfung im Baugewerbe um 1,7 Prozent

T 2

## Bruttoinlandsprodukt 2015 und 2016 nach Bundesländern

Land	In jeweiligen Preisen				Preisbereinigt		
	2015	2016		2015	2016		
	Mill. EUR	Veränderung zu 2015 in %	Anteil an Deutschland in %	Kettenindex: 2010=100	Veränderung zu 2015 in %		
Baden-Württemberg	460 246	476 760	3,6	15,2	110,7	113,1	2,2
Bayern	548 360	567 972	3,6	18,1	112,3	114,7	2,1
Berlin	123 819	129 454	4,6	4,1	108,9	111,9	2,7
Brandenburg	66 350	68 508	3,3	2,2	107,9	109,7	1,7
Bremen	31 171	32 259	3,5	1,0	106,7	109,1	2,2
Hamburg	108 125	110 674	2,4	3,5	105,3	106,7	1,3
Hessen	262 159	269 390	2,8	8,6	106,4	108,0	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	40 183	41 429	3,1	1,3	103,6	105,0	1,3
Niedersachsen	256 705	264 087	2,9	8,4	105,5	107,0	1,4
Nordrhein-Westfalen	648 714	669 676	3,2	21,4	105,8	107,7	1,8
Rheinland-Pfalz	135 438	139 452	3,0	4,5	109,0	110,7	1,5
Saarland	34 625	35 103	1,4	1,1	105,4	105,4	0,0
Sachsen	113 549	118 457	4,3	3,8	109,1	112,0	2,7
Sachsen-Anhalt	57 868	59 378	2,6	1,9	102,7	103,8	1,0
Schleswig-Holstein	86 714	89 227	2,9	2,8	107,9	109,4	1,4
Thüringen	58 793	60 843	3,5	1,9	111,3	113,2	1,8
Deutschland	3 032 820	3 132 670	3,3	100	108,2	110,2	1,9
Nachrichtlich:							
Alte Bundesländer (ohne Berlin)	2 572 257	2 654 601	3,2	84,7	108,2	110,2	1,8
Neue Bundesländer (ohne Berlin)	336 744	348 615	3,5	11,1	107,4	109,4	1,9

Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe steigt um 1,9 Prozent

Insgesamt stieg die Bruttowertschöpfung im Produzierenden Gewerbe, das neben der Industrie und dem Baugewerbe auch die Energie- und Wasserversorgung, die Entsorgung sowie den in Rheinland-Pfalz relativ kleinen Bereich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, preisbereinigt um 1,9 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent). Der Anteil des sekundären Sektors an der gesamten Bruttowertschöpfung beläuft sich auf 34 Prozent (Deutschland: 30 Prozent).

### Rückgang der Wertschöpfung in der Landwirtschaft

Wertschöpfung in der Land- und Forstwirtschaft rückläufig

In der Land- und Forstwirtschaft verlief die preisbereinigte Entwicklung in Rheinland-Pfalz deutlich ungünstiger als im gesamten Bundesgebiet. Die Wertschöpfung sank um 2,4 Prozent (Deutschland: +0,3 Prozent). Mit 1,2 Prozent ist der Anteil der Land- und Forst

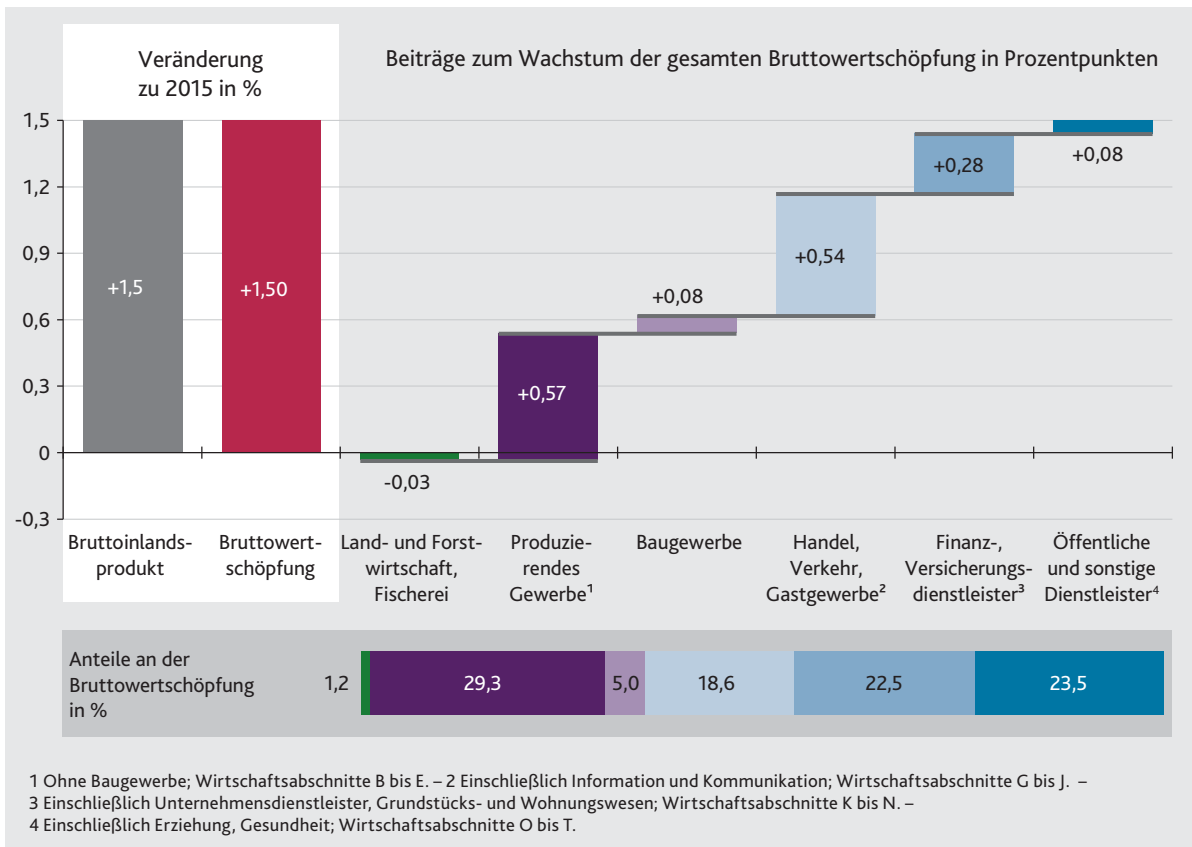
wirtschaft an der gesamten Wertschöpfung allerdings sehr gering (Deutschland: 0,6 Prozent). An der sektoralen Wertschöpfung in Deutschland ist Rheinland-Pfalz jedoch mit 8,4 Prozent beteiligt. Nur Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg leisteten aufgrund größerer Nutzflächen einen höheren Beitrag zur landwirtschaftlichen Wertschöpfung in Deutschland. Der hohe rheinland-pfälzische Anteil erklärt sich durch die überdurchschnittliche Flächenproduktivität, insbesondere durch den Weinbau.

Überdurchschnittlicher Anteil der Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

### Wertschöpfungsanstieg auch in den Dienstleistungsbereichen

Auch die Dienstleistungsbereiche verzeichneten 2016 ein Wachstum. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung erhöhte sich im tertiären Sektor um 1,4 Prozent (Deutsch-

G 4 Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche 2016



Wertschöpfung in den Dienstleistungsbe- reichen steigt unterdurchschnittlich

land: +1,9 Prozent); im Vorjahr hatte der Anstieg noch 1,9 Prozent betragen. Der Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung liegt bei gut 64 Prozent (Deutschland: 69 Prozent). Aufgrund ihres hohen Gewichts haben die Dienstleistungsbereiche – trotz des geringeren Wertschöpfungszuwachses – zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft 0,9 Prozentpunkte beigesteuert.

„Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“: +2,9 Prozent

Den größten Anstieg gab es wie in den beiden Jahren zuvor in dem mit einem Wertschöpfungsanteil von 19 Prozent kleinsten Teilssektor „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“. Im Berichtsjahr nahm die Wertschöpfung preisbereinigt um 2,9 Prozent zu und damit etwas mehr als in Deutschland (+2,5 Prozent). Dabei entwickelte sich der Abschnitt

„Information und Kommunikation“ mit einem Plus von 3,1 Prozent etwas besser als der Teilbereich „Handel, Verkehr und Lagererei, Gastgewerbe“ (+2,9 Prozent).

Im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“ verlief die Entwicklung dagegen etwas ungünstiger als im Bundesdurchschnitt. Die Zunahme der Bruttowertschöpfung betrug 1,2 Prozent; das waren 0,4 Prozentpunkte weniger als in Deutschland (+1,6 Prozent). Zurückzuführen ist das Wachstum insbesondere auf die Unternehmensdienstleister, die ein Plus von 2,6 Prozent verzeichneten. Im größten Teilbereich, dem Grundstücks- und Wohnungswesen, nahm die Wertschöpfung ebenfalls zu, und zwar um 0,8 Prozent. Die Wirtschaftsleistung

„Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“: +1,2 Prozent

der Finanz- und Versicherungsdienstleister war hingegen rückläufig (–0,6 Prozent). Dies ist unter anderem auf einen deutlichen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in diesem Bereich und – damit einhergehend – sinkende Arbeitnehmerentgelte zurückzuführen.

Mit einem Wertschöpfungsanteil von 23 Prozent (Deutschland: 22 Prozent) ist der

Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ der größte Teilsektor. Er wies unter den Dienstleistungsbereichen mit einem Plus von 0,3 Prozent den geringsten Anstieg der Bruttowertschöpfung auf (Deutschland: +1,6 Prozent). Der Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum betrug in Rheinland-Pfalz damit nur 0,1 Prozentpunkte, während er in

„Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“: +0,3 Prozent

### Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen das umfassendste statistische Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung dar. Um ein solches System auch für die Länder zu erstellen, wurde 1954 der Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder« gegründet. Diesem Arbeitskreis gehören die Statistischen Ämter der 16 Bundesländer sowie das Statistische Bundesamt und das Bürgeramt, Statistik und Wahlen der Stadt Frankfurt am Main als Vertreter des Deutschen Städtetages an.

Das Datenangebot des Arbeitskreises deckt weitgehend die Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung auf Länderebene ab. Darüber hinaus werden ausgewählte Aggregate (z. B. Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung) auf Kreisebene berechnet. Die Berechnungen erfolgen nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Die hier dargestellten Jahresergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung sind auf den Berechnungsstand Februar 2017 des Statistischen Bundesamtes abgestimmt.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) über die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wurde für das 2. Halbjahr 2016 stärker als sonst üblich korrigiert. Die korrigierten Ergebnisse weichen von den bisher veröffentlichten Ergebnissen nach oben ab. Auf die Ergebnisse zum Bruttoinlandsprodukt und der Bruttowertschöpfung 2016 haben die Korrekturen der Beschäftigungsstatistik nach Schätzung des AK VGRdL nur marginale Auswirkungen. Eine Aktualisierung der Ergebnisse ist daher nicht erforderlich. Alle für März 2017 geplanten Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR) sind aufgrund der Korrekturen der Beschäftigungsstatistik entfallen. Daher können für das Jahr 2016 keine Arbeitsproduktivitäten ausgewiesen werden.

Detaillierte Informationen zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de).



Deutschland bei knapp 0,4 Prozentpunkten lag. Einer der Gründe für die schwache Entwicklung in diesem Dienstleistungsbereich ist die im Vergleich zu Deutschland unterdurchschnittliche Zunahme der Beschäftigung und der Arbeitnehmerentgelte. Der Wirtschaftsbereich wird von dem Unterbereich „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ dominiert, dessen Wertschöpfung um 0,4 Prozent zunahm. Im kleineren Teilbereich „Sonstige Dienstleister“ stag-

nierte die Wirtschaftsleistung. Zu diesem Bereich gehören beispielsweise künstlerische und unterhaltende Tätigkeiten, Bibliotheken und Museen, Interessenvertretungen und kirchliche Vereinigungen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste.

Dr. Annette Illy ist Referentin im Referat „VGR, ETR, Arbeitsmarkt“.

### Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016

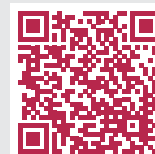
Diese und weitere interessante Informationen zum rheinland-pfälzischen Wirtschaftsjahr 2016 finden Sie in der Statistischen Analyse „Die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz 2016“. Hier werden in ausführlichen textlichen Analysen die ökonomischen Entwicklungen des abgelaufenen Jahres und ihre möglichen Ursachen dargestellt. Umfangreiche Tabellen und Grafiken ergänzen den Vergleich zum vorangegangenen Wirtschaftsjahr und stellen zusätzlich auch längerfristige Entwicklungen dar.

In den folgenden Ausgaben des Statistischen Monatsheftes werden die Entwicklungen in ausgewählten Wirtschaftsbereichen sowie die Themenbereiche „Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt“ sowie „Außenhandel“ aus der Analyse vorgestellt.

Die PDF-Datei steht zum kostenfreien Download unter [www.statistik.rlp.de/analysen/wirtschaft/jw2016.pdf](http://www.statistik.rlp.de/analysen/wirtschaft/jw2016.pdf) zur Verfügung.

Für Smartphone-Benutzer:

Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen.



## Zensus 2021 – Vorbereitungsgesetz verabschiedet



Von Gerd Reh

Im Jahr 2021 sind EU-weit Volks-, Gebäude- und Wohnungszählungen vorgesehen. Aufgrund der grundsätzlich positiven Erfahrungen mit dem Zensus 2011 sollen in Deutschland die amtlichen Einwohnerzahlen sowie weitere von Bund, Ländern und Kommunen benötigten Planungsdaten im Rahmen des Zensus 2021 wieder auf Grundlage eines registergestützten Modells erhoben werden. Voraussetzung für die Anwendung dieser für die Bürgerinnen und Bürger vergleichsweise belastungsarmen und zugleich kostengünstigen Verfahrensweise ist, dass im Vorfeld der Zählung ein flächendeckendes anschriftenbezogenes Steuerungsregister erstellt wird. Mit dem kürzlich in Kraft getretenen Zensusvorbereitungsgesetz wurden die rechtlichen Voraussetzungen hierfür geschaffen.

### 2021 ist Zensusjahr

Register-  
gestützte  
Erhebung  
angestrebt

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bereiten zurzeit den nächsten Zensus vor. Mit dem am 10. März 2017 in Kraft getretenen „Gesetz zur Vorbereitung eines registergestützten Zensus einschließlich einer Gebäude- und Wohnungszählung 2021 (Zensusvorbereitungsgesetz 2021 – ZensVorbG 2021)“ wurde vom Bundesgesetzgeber nunmehr die rechtliche Grundlage geschaffen, dass auch die kommende Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung in Deutschland registergestützt durchgeführt wird. Diese für die Bürgerinnen und Bürger – im Vergleich zu einer klassischen Totalerhebung – belastungsarme und darüber hinaus auch kostengünstige Methode hat sich nach Auffassung der Statistischen Ämter bei der im Jahr 2011 erfolgten Zählung grundsätzlich bewährt. Insofern bedarf es beim kommenden Zensus konzeptionell-methodisch lediglich einiger korrigierender Anpassungen, um die Ermittlung präziser Einwohner-

zahlen sowie bedarfsgerechter Planungsdaten zu gewährleisten.

### Primärstatistische Befragungen auch 2021 erforderlich

Als Grundlage für die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen sowie zur Ableitung demografischer Strukturen der Bevölkerung (insbesondere Geschlecht, Alter, Familienstand und Staatsangehörigkeit) sollen auch im Zensus 2021 die Bestandsdaten der Melderegister verwendet werden.

Zur Feststellung der gemeindespezifischen Über- und Untererfassungen in diesen Basisdaten aus den Melderegistern sind 2021 – wie auch im zurückliegenden Zensus – neben einem bundesweiten Dublettenabgleich zusätzlich Vor-Ort-Erhebungen vorzunehmen. Unter anderem ist wieder eine flächendeckende Erhebung der Bewohnerinnen und Bewohner von Wohnheimen und Gemein-

Qualitätssicherung der Einwohnerzahlen über Dublettenbereinigung und ergänzende Erhebungen

schaftsunterkünften (die sogenannte Erhebung an Adressen mit Sonderbereichen) vorzusehen. An diesen Sonderbereichen treten insbesondere wegen häufiger Bewohnerwechsel überproportional hohe Über- und Untererfassungen in den Melderegisterdaten auf, die gezielt bereinigt werden müssen. Die flächendeckende Erhebung an Adressen mit Sonderbereichen dient somit der Existenzfeststellung und ist – neben der maschinellen Dublettenbereinigung im bundesweiten Melderegisterbestand – eine in der Vergangenheit bewährte Korrekturmaßnahme, um Einwohnerzahlen in gemeindeübergreifend vergleichbarer Qualität zu ermöglichen.

Als weitere Erhebung, die der Qualitätssicherung der Einwohnerzahlen dient, ist eine Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis vorgesehen. Diese soll – im Gegensatz zur Zählung von 2011 – nicht ausschließlich in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern, sondern auch in kleineren Gemeinden als Korrektiv für die Ermittlung präziser Einwohnerzahlen herangezogen werden. Analog zu 2011 ist beabsichtigt, im Zuge dieser Stichprobenbefragung, in die ein noch festzulegender Teil der Bevölkerung einbezogen wird, zusätzlich auch repräsentative Ergebnisse beispielsweise zum Bildungsstand bzw. zur Erwerbsbeteiligung zu erhalten. Für die Ableitung dieser traditionell im Rahmen von Volkszählungen gewonnenen Erkenntnisse liegen zurzeit keine geeigneten Registerbestände vor, sodass diese Angaben primärstatistisch erhoben werden müssen.

Primärstatistische Erhebung zu Gebäude- und Wohnungsbeständen notwendig

Mangels geeigneter Verwaltungsregister ergibt sich zudem das Erfordernis, Daten zur Versorgung mit Wohnraum primärstatistisch zu erheben. Auf der Grundlage der im Zensus 2011 grundsätzlich bewährten Methodik sollen hierfür wieder Immobilieneigentümerin-

nen und -eigentümer, Erbbauberechtigte, Immobilienverwalterinnen und -verwalter sowie sonstige Verfügungsberechtigte potenzieller Wohnimmobilien postalisch um Mitteilung interessierender Daten gebeten werden.

Zur Sicherstellung erhebungsteilübergreifend konsistenter Nachweisungen der so ermittelten Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestände sowie -strukturen sind über die beschriebenen Statistiken hinaus gegebenenfalls weitere Controllerhebungen vorzunehmen. Mittels dieser zusätzlichen Erhebungen können Unstimmigkeiten, die beim Abgleich der Befunde aus unterschiedlichen Teilerhebungen gegebenenfalls auftreten, aufgeklärt werden.

### Steuerregister bildet Fundament für die Erhebung, Aufbereitung und Auswertung des Zensus 2021

Als Grundlage für die genannten primärstatistischen Erhebungen muss im Vorfeld der eigentlichen Zählungen ein sogenanntes anschriftenbezogenes Steuerregister aufgebaut werden. In dieses Statistikregister sind flächendeckend folgende Angaben und Informationen aufzunehmen:

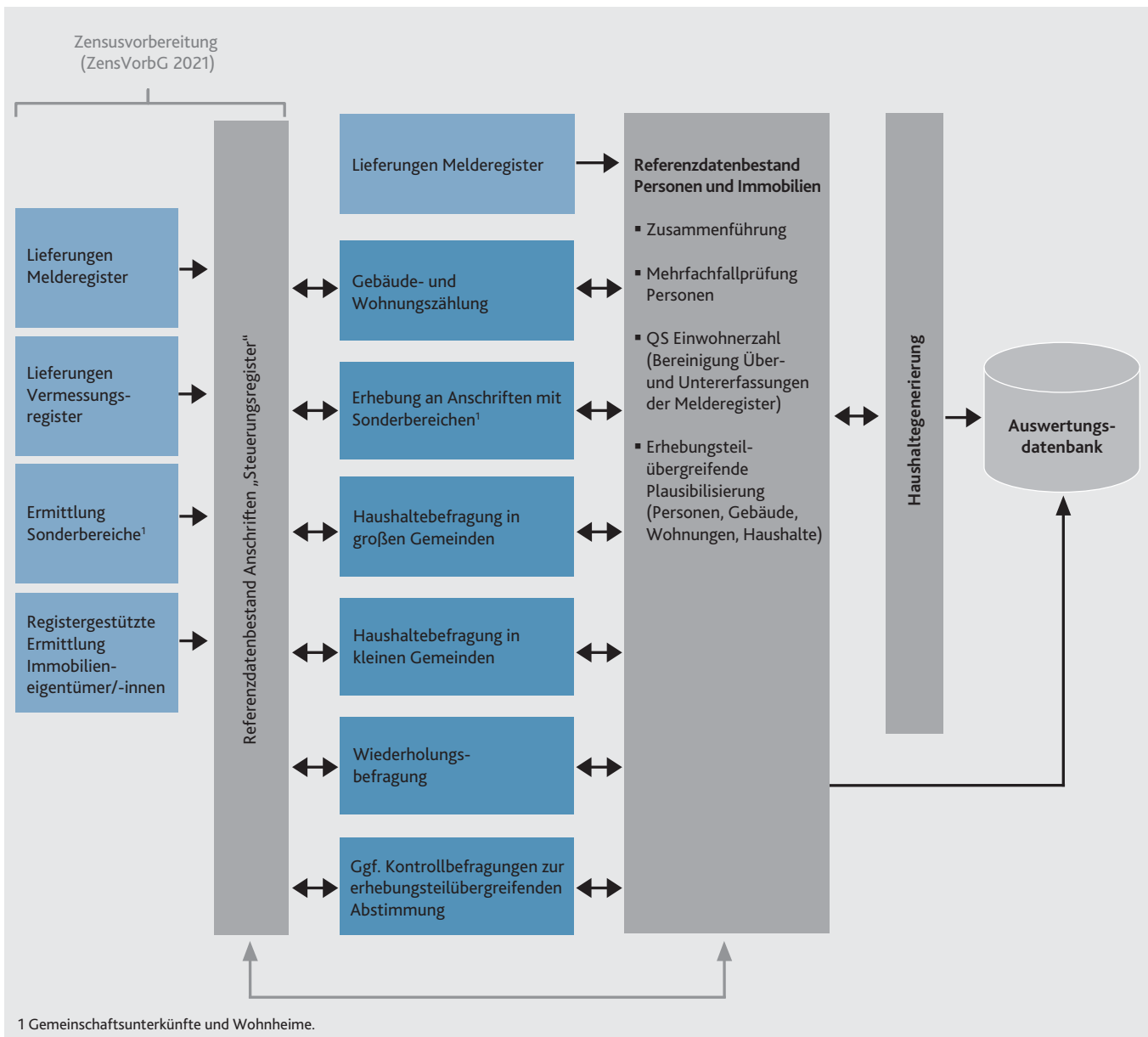
- sämtliche Adressen, die für wohnwirtschaftliche Zwecke genutzt werden bzw. genutzt werden können sowie
- die an diesen potenziellen Wohnanschriften maßgeblichen Immobilieneigentümerinnen bzw. -eigentümer, Erbbauberechtigten, Immobilienverwaltungen oder sonstigen Verfügungsberechtigten.

Zudem sind im Steuerregister alle Adressen gesondert zu kennzeichnen und zu typisieren, an denen Wohnheime bzw. Gemeinschaftsunterkünfte, sogenannte Sonderbereiche, existieren.

Weitere qualitätssichernde Erhebungen runden Erhebungsspektrum ab

## Ü1

## Ablaufschema Zensus 2021



Aufbau des anschriftenbezogenen Steuerregisters im ZensVorbG geregelt

Dieses Register, das nach den nunmehr vorliegenden gesetzlichen Regelungen im ZensVorbG 2021 unter Mitwirkung der Statistischen Ämter der Länder durch das Statistische Bundesamt erstellt und von diesem geführt wird, dient

- in der Vorbereitungsphase des Zensus als Grundgesamtheit für die genannten

Primärerhebungen sowie mit Blick auf die Haushaltstichprobe zudem als Auswahlgrundlage,

- in der Durchführungsphase des Zensus der Steuerung, Kontrolle und Koordination sämtlicher Erhebungs- und Aufbereitungsabläufe einschließlich erforderlicher erhebungsteilbezogener sowie

erhebungsteilübergreifender Vollzählkeitsprüfungen sowie

- im Nachgang der Datenerhebung und -aufbereitung der Erstellung raumbezogener Auswertungen statistischer Ergebnisse aus dem Zensus 2021.

Weiterhin soll das Steuerungsregister im Anschluss an die eigentliche Zählung zur Beurteilung der erreichten Qualität der Ergebnisse, mithin zur Evaluierung des Zensus 2021 verwendet werden.

Der Aufbau des Steuerungsregisters vollzieht sich in drei Arbeitsblöcken, auf die im Folgenden eingegangen wird:

- Ermittlung potenzieller Wohnanschriften,
- Ermittlung potenzieller Auskunftspflichtiger zur Gebäude- und Wohnungszählung und
- Ermittlung von Sonderbereichen.

### Ermittlung potenzieller Wohnanschriften

Daten der Melde- und Vermessungsbehörden als Grundlage für den Anschriftenbestand

Die Grundlage für die Ermittlung aller potenziellen Wohnanschriften bilden Daten, die von den Melde- und den Vermessungsbehörden in den Jahren 2017 bis 2020 zugeführt werden.

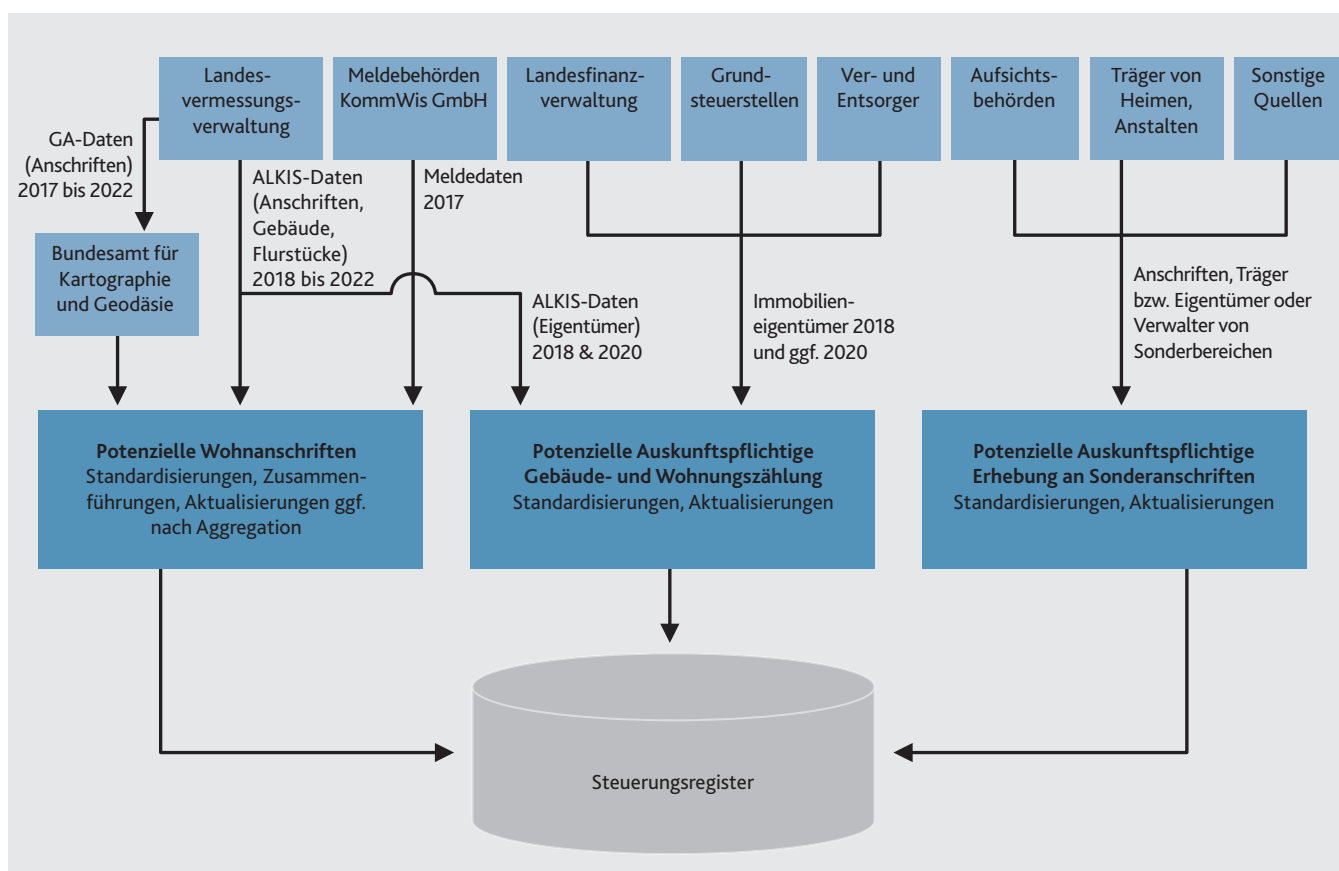
Die Meldebehörden sind in diesem Zusammenhang bereits im laufenden Jahr gefordert, unter anderem Adressangaben zu sämtlichen am 12. November 2017 gemeldeten Einwohnerinnen und Einwohnern an die Statistischen Ämter der Länder zu übermitteln. Weitere Datenlieferungen der Meldebehörden, die voraussichtlich ab dem Jahr 2020 unter anderem zur Aktualisierung des zensusrelevanten Anschriftenbestandes erforderlich sind, müssen im Rahmen eines noch zu erlassenden Zensusanordnungsgesetzes geregelt werden.

Neben Meldedatenlieferungen werden für die Ermittlung aller potenziellen Wohnanschriften auf der Grundlage des Vorbereitungsgesetzes auch mehrere Registerdatenbestände der Vermessungsverwaltung herangezogen. Dazu gehört unter anderem die Standardveröffentlichung „Georeferenzierte Adressdaten (GA-Daten)“ des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Diese Veröffentlichung ist eine Sammlung bundesweiter Hausadressen, die Adressangaben, Koordinaten zur Lage der Gebäude sowie Angaben zur Verwaltungszugehörigkeit umfasst. Die GA-Daten werden im Wesentlichen aus Registern der Landesvermessungsverwaltungen sowie Adressbeständen der Deutschen Post AG erstellt. Für den Aufbau und die Pflege des Steuerungsregisters werden die GA-Daten der Jahre 2017 bis 2022 genutzt.

Neben dieser standardisierten „Bundesveröffentlichung“ werden von den Statistischen Landesämtern in den Jahren 2018 bis 2022 zusätzlich ausgewählte Katastermerkmale aus dem in den Bundesländern jeweils dezentral geführten Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) für die Ermittlung der zensusrelevanten Anschriften herangezogen.

Eine Hauptaufgabe der Zensusbereiche in den statistischen Ämtern besteht in den kommenden Jahren darin, durch Standardisierung und Abgleich der genannten umfassenden Datenbestände diese in einem Statistikregister (Steuerungsregister) zusammenzuführen. Durch Prüf-, Pflege- und Bereinigungs- sowie Aktualisierungsmaßnahmen ist in diesem Statistikregister sukzessive ein flächendeckender adressbezogener Datenbestand aufzubauen, der als Grundgesamtheit sowie Steuerungs-, Kontroll- und Koordinierungsbasis für die

Zusammenführung, Pflege und Aktualisierung der Datenbestände ist Aufgabe der statistischen Ämter



Durchführung sämtlicher voraussichtlich Mitte 2021 anstehender Primärerhebungen im Zensus 2021 dient.

### Ermittlung potenzieller Auskunftspflichtiger zur Gebäude- und Wohnungszählung

Die gebäude- und wohnungsstatistische Bestandsaufnahme im Zensus 2021, bei der die interessierenden Daten vorzugsweise von den Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern, Erbbauberechtigten, Immobilienverwaltungen oder sonstigen Verfügungsberechtigten angefordert werden sollen, setzt in einem zweiten Arbeitspaket eine umfassende Bestandsaufnahme dieses Berichtskreises voraus.

Zur Ermittlung des hier infrage stehenden Personenkreises ermöglicht das Zensusvorbereitungsgesetz den Statistischen Ämtern der Länder ein breites Spektrum an Daten in Verwaltungsregistern heranzuziehen.

So sind von den Landesämtern in den Jahren 2018 und 2020 aus den jeweiligen ALKIS-Datenbeständen neben den genannten objektbezogenen Angaben zu Anschriften, Gebäuden und Flurstücken zusätzlich auch Namen sowie Wohnanschriften der in dem Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem u. a. geführten Eigentümerinnen und Eigentümern bzw. Erbbauberechtigten anzufordern. Insbesondere zur Überprüfung und Aktualisierung veralteter Wohnanschriften dieser potentiell Auskunftspflichtigen für die Gebäude- und

Nutzung mehrerer Verwaltungsregister zur Ermittlung der Auskunftspflichtigen



Wohnungszählung ermöglicht das Zensusvorbereitungsgesetz den Statistischen Ämtern der Länder bei der für Ende 2017 angeordneten Meldedatenlieferung auch Angaben zu Namen und Geburtsdaten der in den Melderegistern geführten Personen anzufordern.

Melddaten ermöglichen Überprüfung und Aktualisierung von Angaben der Auskunftspflichtigen

Darüber hinaus ist es zulässig, diese Daten aus der Meldeverwaltung auch für die Überprüfung und Aktualisierung weiterer Verwaltungsdatenbestände zu nutzen, die länderindividuell zusätzlich zur Ermittlung der Auskunftspflichtigen herangezogen werden können. In Rheinland-Pfalz werden nach derzeitigem Stand neben ALKIS voraussichtlich Daten aus Verwaltungsregistern der Landesfinanzverwaltung, der kommunalen Grundsteuerstellen und gegebenenfalls auch von Ver- und Entsorgern für die Ermittlung und Qualitätssicherung des Berichtskreises zur Gebäude- und Wohnungszählung angefordert werden.

### Ermittlung von Sonderbereichen

Wie bereits dargelegt besteht das dritte große Aufgabenpaket der Statistischen Ämter im Vorfeld des nächsten Zensus darin, alle Anschriften zu ermitteln, an denen Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte (Sonderbereiche) existieren. Darüber hinaus sollen unter anderem die Größe der Einrichtungen sowie deren Eigentümerinnen und Eigentümer, Träger und gegebenenfalls Verwalterinnen bzw. Verwalter festgestellt werden. Die Vollzähligkeit dieser Basisrecherchen wird durch die Statistischen Ämter der Länder im Rahmen einer im Vorfeld des Zensus 2021 erfolgenden Vorbefragung bei Einrichtungs-

trägern sowie bei für die Aufsicht über die Sonderbereiche zuständigen Stellen, bspw. die Heimaufsicht, abgesichert werden.

### Mitwirkung von Kommunalverwaltungen

In Flächenländern ist es unerlässlich, neben verschiedenen Stellen der Landesverwaltung vor allem auch die Kommunalverwaltungen in die vorbereitenden Arbeiten zum Zensus 2021 aktiv einzubinden. Dies erfolgt zwingend durch

Aktive Beteiligung von Kommunen in verschiedenen Bereichen

- Datenlieferungen aus verwaltungsintern bzw. -übergreifend geführten Registerbeständen sowie durch
- Mitwirkung bei der Sicherung der Vollzähligkeit und Klärung von Zweifelsfällen bei der Ermittlung
  - zählungsrelevanter Anschriften,
  - Auskunftspflichtiger zur Gebäude- und Wohnungszählung sowie
  - von Wohnheimen und Gemeinschaftsunterkünften.

Ungeachtet der noch ausstehenden gesetzlichen Regelungen in einem Zensusanordnungsgesetz wird eine weitere Aufgabe der Kommunalverwaltungen in der Vorbereitungsphase darin bestehen, gemeinsam mit den Statistischen Ämtern der Länder den Aufbau kommunaler Erhebungsstellen zu planen und umzusetzen.

Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Bevölkerung, Gebiet, Zensus“.

### Info

Zum Zensus 2021 ist bereits folgender Aufsatz in den Statistischen Monatsheften Rheinland-Pfalz erschienen:

- 4/2016 Zensus 2021 – Aktueller Planungsstand

# Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2016/17

## Herkunftsspezifische Disparitäten im rheinland-pfälzischen Schulsystem



Von Dr. Marco Schröder

Unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen und den gesellschaftlichen Bevölkerungsbewegungen und -entwicklungen müssen Bildungspolitik, Schulen und Lehrkräfte professionelle Schulstrukturen bereitstellen und qualitativ hochwertigen Unterricht ermöglichen. Unabhängig von Persönlichkeitsmerkmalen wie Geschlecht, Förderbedarf oder Migrationshintergrund ist es Aufgabe eines Schulsystems, allen Schülerinnen und Schülern neben einer allgemeinen Grundbildung Zugänge zu weiterführenden Bildungsgängen, eine hohe Bildungsmobilität und Durchlässigkeit sowie gleiche Chancen mit Blick auf Ausbildung, Studium und Beruf einzuräumen. Die Daten der Schulstatistik liefern dazu grundlegende Informationen für bildungspolitische Entscheidungen, die Bildungsforschung und für interessierte Bürgerinnen und Bürger.

### Das Allgemeinbildende Schulsystem

Vermittlungs-,  
Entwicklungs-,  
Integrations-  
und Enkulturations-  
funktion  
des Bildungswesens

Allgemeinbildende Schulen sind Institutionen der geistigen, sozialen, ethischen und ästhetischen Entwicklung junger Menschen im Kontext der jeweiligen Gesellschaft und Kultur. Sie vermitteln neben Allgemeinwissen insbesondere soziale Normen und gesellschaftliche Werte und haben eine Enkulturations- sowie Integrationsfunktion. Auf der anderen Seite birgt das Schulsystem die Gefahr von Disparitäten in den Bildungswegen und Mechanismen der sozialen Selektion.<sup>1</sup>

Das allgemeinbildende Schulsystem unterteilt sich üblicherweise in Schularten, die (1) für eine weiterführende Schule, (2) für

die Aufnahme einer Berufsausbildung oder (3) für den Hochschulzugang qualifizieren. Weitere Differenzierungen begründen sich im Wesentlichen durch Schulträger, Förderangebote, pädagogische Paradigmen und insbesondere in der föderalen Ausgestaltung des Bildungssystems durch die Bundesländer.

Obwohl in Rheinland-Pfalz mit der Schulstrukturreform (2009/10) ausgewählte Schularten zusammengefasst wurden, bestehen weiterhin rund zehn unterschiedliche Schularten. Neben der Grundschule, der Realschule plus, der integrierten Gesamtschule und dem Gymnasium sowie der Förderschule existieren nach wie vor einzelne Haupt- und Realschulen in freier Trägerschaft. Hinzu kommen Freie Waldorfschulen und die postsekundären Bildungsinstitutionen des „zweiten Bildungswegs“ wie das

Differenziertes  
System trotz  
Schulstruktur-  
reform

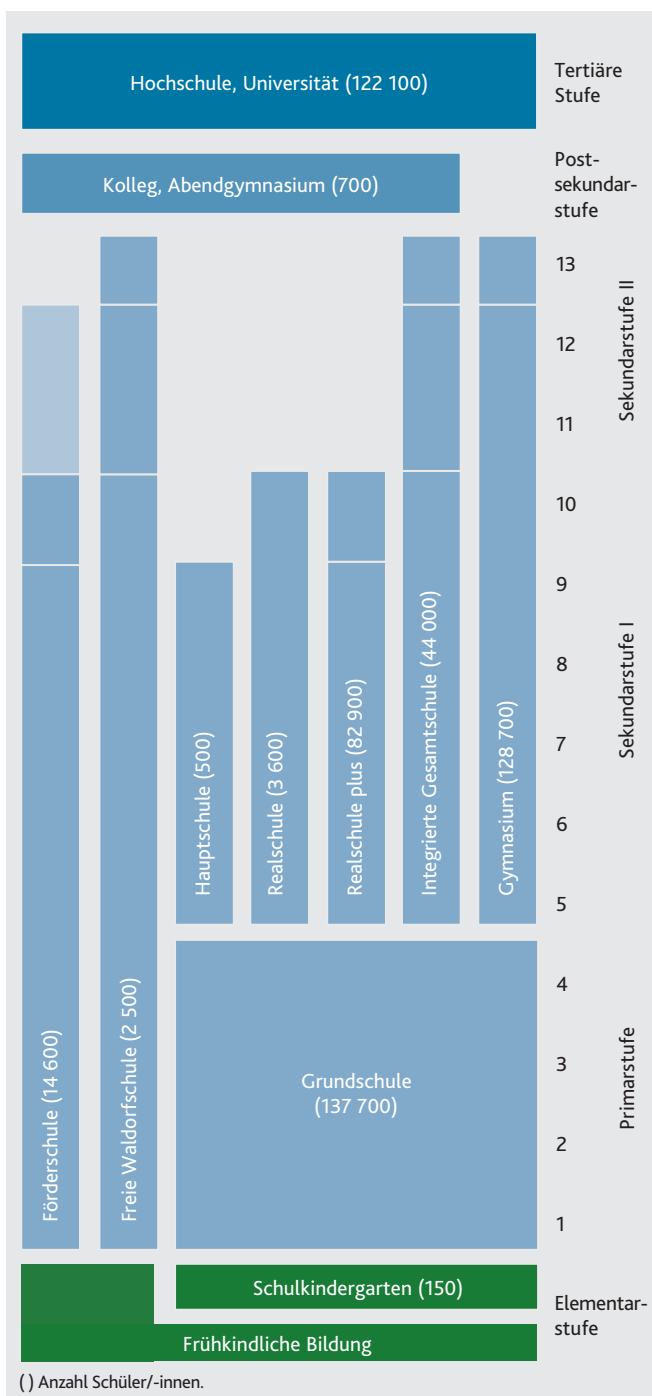
<sup>1</sup> Vgl. Becker, R. (Hrsg.): Lehrbuch Bildungssoziologie. Wiesbaden 2009, S. 159.

Schulstatistik bildet Schulsystem ab

Kolleg und Abendgymnasium. Die amtliche Schulstatistik bietet ausgewählte Kennzahlen und Indikatoren an, um die Komplexität und die Entwicklung des rheinland-pfälzischen Schulsystems differenziert abzubilden.

G 1

Allgemeinbildendes Schulsystem in Rheinland-Pfalz im Schuljahr 2016/17



Rückgang der Schülerzahlen

In Rheinland-Pfalz besuchten zum Beginn des Schuljahres 2016/17 rund 415 100 Kinder und Jugendliche eine Allgemeinbildende Schule. Im Vergleich mit dem Schuljahr 2006/07 waren das 66 800 Schülerinnen und Schüler weniger. Damit verzeichneten die rheinland-pfälzischen Schulen in den letzten zehn Jahren einen Rückgang von 14 Prozent.

Besonders betroffen von den gesunkenen Schülerzahlen waren der Primarbereich und die Sekundarstufe I, also die Zahl der Kinder und Jugendlichen der ersten bis zur zehnten Jahrgangsstufe. Eine Sonderregelung betrifft die Schülerinnen und Schüler, die eine G8-Ganztagesschule besuchen. Die G8-Ganztagesschule führt nach insgesamt zwölf statt 13 Schuljahren zur Allgemeinen Hochschulreife, wodurch die Sekundarstufe I bereits nach der neunten Jahrgangsstufe endet und mit der zehnten Jahrgangsstufe die Sekundarstufe II beginnt. Während 2006/07 noch 434 300 den Primarbereich oder die Sekundarstufe I besuchten, waren es 2016/17 nur noch 358 700 Schülerinnen und Schüler. Die Schülerzahl in der Primarstufe sank um 17 Prozent, die in der Sekundarstufe I um 18 Prozent.

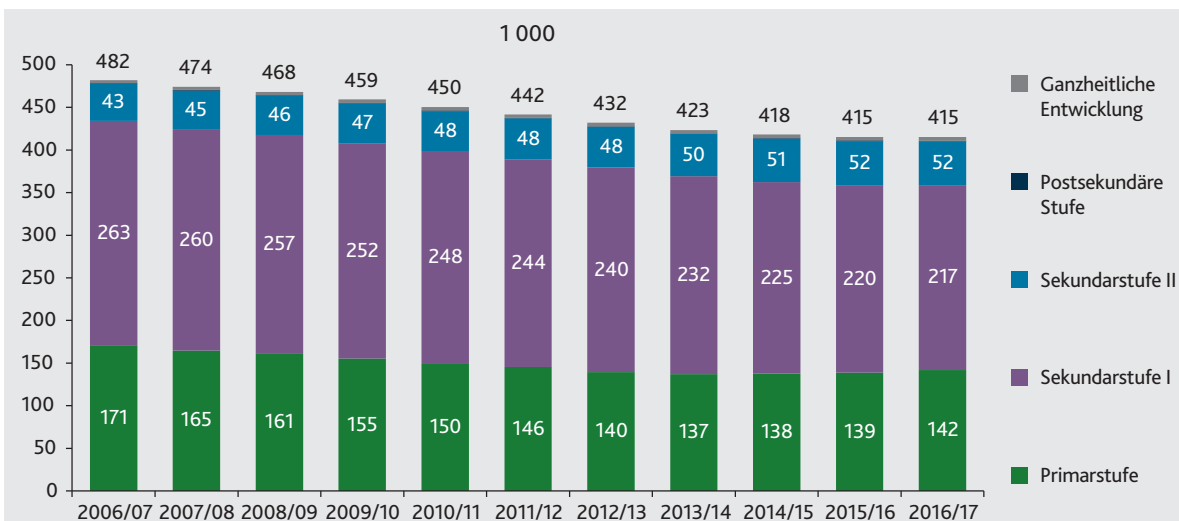
Schülerzahlen in der Primar- und Sekundarstufe I gehen zurück

Diese Entwicklung zeigt sich auch in den einzelnen Schularten, die ausschließlich der Primar- und Sekundarstufe I zugeordnet werden können. Dazu gehören im Wesentlichen die Grundschulen, die Förderschulen, die Realschulen plus und die nach der Strukturreform in freier Trägerschaft verbliebenen Haupt- und Realschulen. Die Zahl der Grundschulkindern sank in den vergangenen zehn Jahren um 28 800 bzw. 17 Prozent. Die Realschule plus wurde erst 2009/10 eingeführt, zeigt jedoch gegenüber dem Schuljahr 2012/13 einen kontinuierlichen Rückgang der Schülerzahl und insgesamt ein Minus von

Realschule plus und Grundschule sind vom Rückgang betroffen

G 2

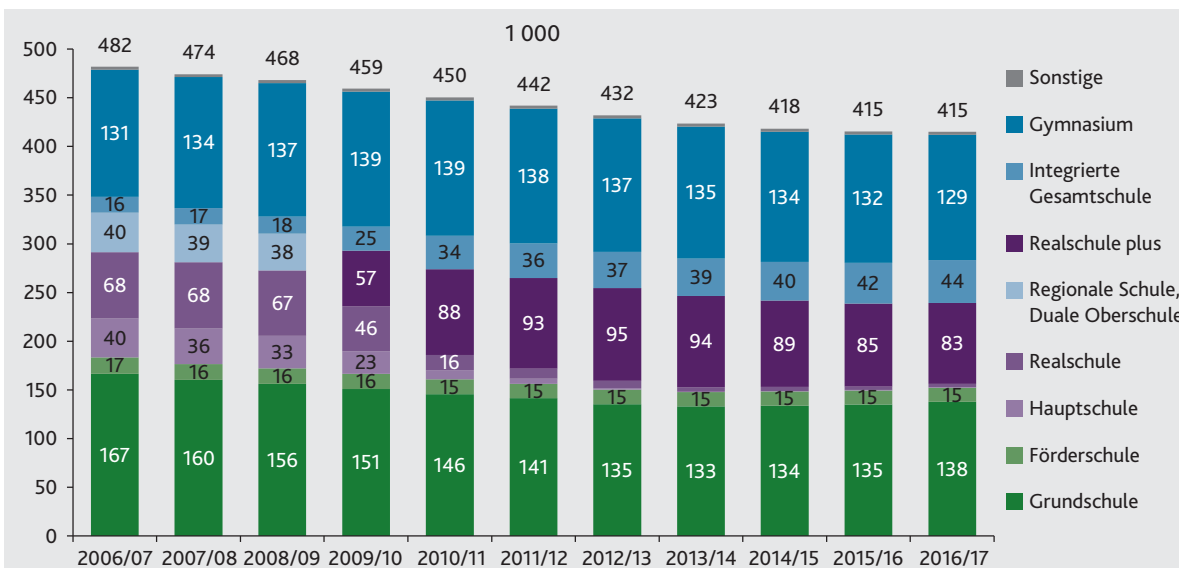
Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2006/07–2016/17 nach Schulstufe<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Die postsekundäre Stufe umfasst Schüler/-innen in Abendgymnasien und Kollegs; Schüler/-innen mit dem Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“ lassen sich nicht nach den Schulstufen Primar- und Sekundarstufe zuordnen; ohne Kinder in Schulkindergärten.

G 3

Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2006/07–2016/17 nach Schulart<sup>1</sup>



<sup>1</sup> Organisatorisch verbundene Schulen wurden entsprechend der Schularten aufgeteilt; ohne Kinder in Schulkindergärten.

12 300 Kindern und Jugendlichen (–13 Prozent). Mit der Schulstrukturreform wurden die Schularten Haupt-, Real-, Regionale und Duale Oberschule zu der Realschule plus zusammengefasst. Werden die Schülerzahlen dieser Schularten im Schuljahr 2006/07

mit den Zahlen der Kinder und Jugendlichen verglichen, die im Schuljahr 2016/17 eine Realschule plus, eine Realschule oder eine Hauptschule besuchten, dann zeigt sich ein deutlicher Rückgang um 61 500 junge Menschen bzw. ein Minus von 41 Prozent.

Trotz Schulstrukturreform deutlicher Rückgang an Realschulen plus

Demgegenüber stiegen die Schülerzahlen in der Sekundarstufe II, einschließlich des postsekundären Bereichs, im Zehnjahresvergleich deutlich. Die Sekundarstufe II ist die Bildungsphase, die in der Regel auf die fachliche, fachgebundene oder Allgemeine Hochschulreife vorbereitet. Unter dem postsekundären Bereich sind Schularten zu verorten, die üblicherweise über den „zweiten Bildungsweg“ zur Hochschulreife führen. Hierzu zählen unter den Allgemeinbildenden Schulen die Kollegs und Abendgymnasien. Im Schuljahr 2016/17 waren 51 500 Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe II und 700 besuchten eine Schule des postsekundären Bereichs. Gegenüber 2006/07 verzeichnete die Sekundarstufe II, einschließlich des postsekundären Bereichs, einen Schülerzuwachs von 19 Prozent.

Mehr Schülerinnen und Schüler besuchen eine Integrierte Gesamtschule

Die steigenden Schülerzahlen in den Schulen des Sekundarbereichs II sind nicht – wie zu erwarten – auf den Zuwachs der Zahl der Jugendlichen, die ein Gymnasium besuchten, zurückzuführen. Vielmehr ist es so, dass die Schülerzahlen an Gymnasien gegenüber

2006/07 sogar um 1,4 Prozent zurückgegangen sind. Im Wesentlichen ist der Anstieg auf die Integrierten Gesamtschulen zurückzuführen (+163 Prozent in der Sekundarstufe II).

Nicht den üblichen Schulstufen zugeordnet werden die Schülerinnen und Schüler im Förderbereich „Ganzheitliche Entwicklung“. Hierunter fallen Kinder und Jugendliche, „die in allen Entwicklungsbereichen (geistige Entwicklung, Wahrnehmung, Motorik, Sprache und soziale Entwicklung)“ sozialpädagogisch gefördert und betreut werden.<sup>2</sup> Die Schulstufen in diesem Förderschwerpunkt unterteilen sich nach Unter-, Mittel-, Ober- und Werkstufe. Insgesamt verzeichnete die amtliche Statistik im Schuljahr 2016/17 rund 4 300 Schülerinnen und Schüler im Förderbereich „Ganzheitliche Entwicklung“.

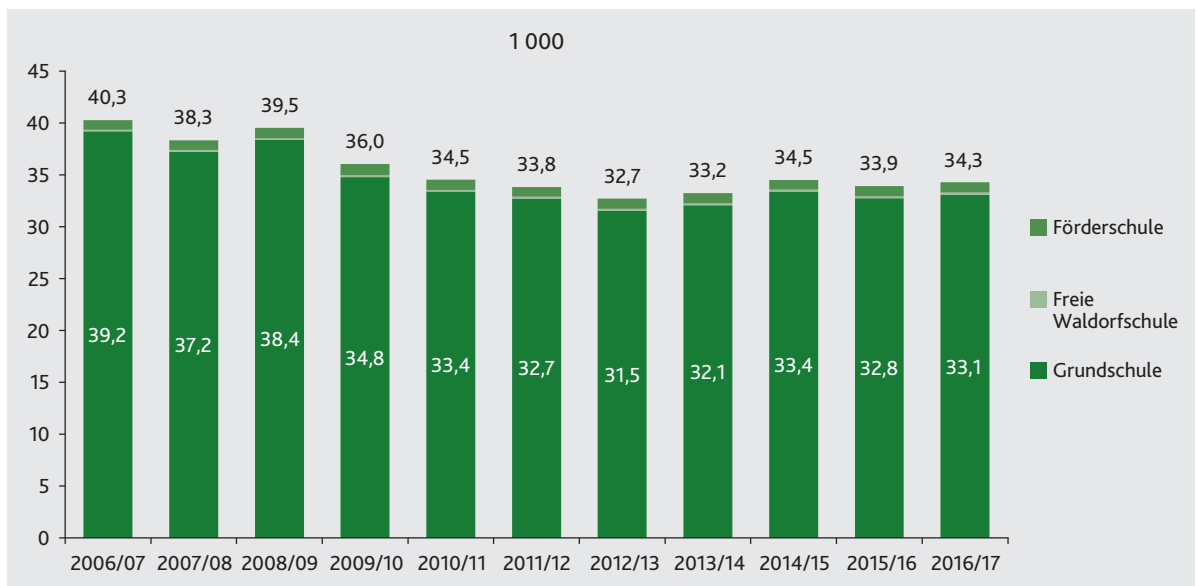
660 Schülerinnen und Schüler im Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“

**Schulanfängerzahlen stabilisieren sich**

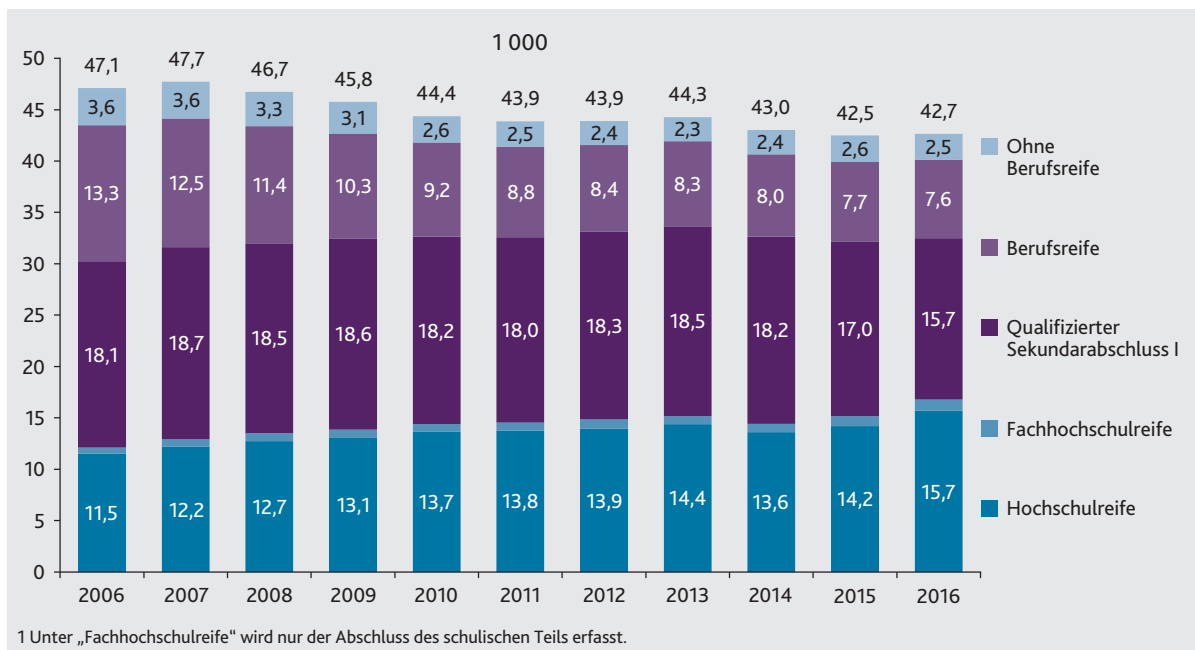
Die Zahl der Einschulungen lag zum Schuljahresbeginn 2016/17 bei 34 300 Kindern.

<sup>2</sup> Pädagogisches Landesinstitut: Schule mit dem Förderschwerpunkt ganzheitliche Entwicklung. Speyer 2017.

**G 4** Schulanfänger/-innen an allgemeinbildenden Schulen in den Schuljahren 2006/07–2016/17 nach Schulart



G 5

Absolventen/-innen an allgemeinbildenden Schulen 2006–2016 nach Abschlussart<sup>1</sup>

Neben den 33 100 Einschulungen an Grundschulen wurden rund 200 Kinder an Freien Waldorfschulen und 990 an Förderschulen eingeschult. Weitere 150 schulpflichtige Kinder, denen aber eine nicht ausreichende Schulreife zum Zeitpunkt der Einschulung attestiert wurde, besuchten stattdessen einen Schulkindergarten.

Einschulungszahlen profitieren von schulpflichtigen Schutz- und Asylsuchenden

Gegenüber dem Schuljahr 2006/07 ist die Zahl der Einschulungen heute deutlich niedriger (–15 Prozent). Dieser Rückgang fand vor allem zwischen 2006/07 und 2010/11 statt. Seitdem hat sich die Zahl auf durchschnittlich 33 900 stabilisiert. In den Schuljahren 2015/16 und 2016/17 ist aber zu berücksichtigen, dass auch Effekte durch eingeschulte Schutz- und Asylsuchende auf die Entwicklung gewirkt haben.

Auffällig ist, dass die Zahl der eingeschulten Kinder an Freien Waldorfschulen im Zehnjahresvergleich zwar in geringer Absolutzahl (40), doch in Relation zur Einschulungszahl

von 2006/07 mit einem Plus von 25 Prozent deutlich stieg. Freie Waldorfschulen befinden sich in Rheinland-Pfalz ausschließlich in freier Trägerschaft. Sie bieten als sogenannte Ersatzschule ein staatlich genehmigtes Unterrichtsangebot an, das das Angebot öffentlicher Träger ersetzt. Freie Waldorfschulen zeichnen sich dabei u. a. durch die Förderung einer ethischen und moralgeleiteten Individualität<sup>3</sup>, einen künstlerisch-handwerklichen Unterricht und den Verzicht von Nichtversetzungen<sup>4</sup> aus.

Mehr Kinder besuchen Waldorfschulen

### Trend der Höherqualifizierung hält an

An den rheinland-pfälzischen Schulen können üblicherweise drei unterschiedliche allgemeinbildende Abschlüsse erworben werden: Die Berufsunreife (ehemals Hauptschulabschluss), der qualifizierte Sekundarabschluss I (middle-

<sup>3</sup> Vgl. Zech, M.: Waldorfschulen als Beispiel gelebter Schulautonomie auf dem freien Markt. In: Randoll, D./ da Veiga, M. (Hrsg.): Waldorfpädagogik in Praxis und Ausbildung. Wiesbaden 2013, S. 11.

<sup>4</sup> Vgl. Bund der Freien Waldorfschulen: Was ist Waldorfpädagogik. Stuttgart 2017.



rer Schulabschluss) und die Allgemeine Hochschulreife. Zudem besteht die Möglichkeit, den schulischen Teil der Fachhochschulreife zu erlangen. Die vollständige Fachhochschulreife wird erst dann erreicht, wenn neben der schulischen Ausbildung ein außerschulisches Praktikum absolviert wurde.

Absolventen-  
zahl sank seit  
2006 um  
acht Prozent

Rund 40 100 Jugendliche und junge Erwachsene erwarben 2016 einen Abschluss an einer Allgemeinbildenden Schule in Rheinland-Pfalz. Das waren 3 400 Absolventinnen und Absolventen bzw. acht Prozent weniger als 2006.

Die rückläufige Absolventenzahl ist im Wesentlichen auf den Rückgang der Zahl der Jugendlichen zurückzuführen, die die Berufsreife (–42 Prozent) oder einen mittleren Schulabschluss (–14 Prozent) erlangten. Gegenüber 2006 war das ein Minus von rund 8 100 Absolventinnen und Absolventen, die insbesondere für eine Ausbildung auf Facharbeiterebene relevant sind.

Mehr Schülerinnen  
und Schüler  
erreichen die  
Hochschulreife

Demgegenüber entwickelte sich die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die den schulischen Teil der Fachhochschulreife oder die allgemeine Hochschulzugangsberechtigung erwarben, mit einem Zuwachs von 4 700 Personen bzw. 39 Prozent sehr positiv. Erstmals erlangten in Rheinland-Pfalz mehr Schülerinnen und Schüler die Allgemeine Hochschulreife bzw. den schulischen Teil der Fachhochschulreife (16 800) als den qualifizierten Sekundarabschluss I (15 700). Immer mehr junge Menschen folgen dem Trend der Höherqualifizierung und streben höhere Bildungsabschlüsse an. Dies zeigt sich auch in der Studienanfängerquote, die in Deutschland von fünf Prozent im Jahr 1950 über 20 Prozent 1990 auf 58 Prozent 2015 stieg (Rheinland-Pfalz 2015: 50 Prozent).<sup>5</sup>

5 Vgl. Teichler, U.: Hochschulbildung. In: Tippelt, R./Schmidt, B. (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. 2. Aufl., Wiesbaden 2009, S. 431.

Die Zahl der Abgängerinnen und Abgänger ohne Berufsreife lag 2016 bei 2 500 Jugendlichen. Gegenüber 2006 ging sie um 30 Prozent zurück. Der Rückgang ist unter anderem auf das Programm „Keine/r ohne Abschluss“ zurückzuführen.<sup>6</sup> An Realschulen plus werden seit dem Schuljahr 2009/10 Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss nach der neunten Jahrgangsstufe gezielt gefördert, um die Berufsreife zu erlangen. Dabei werden eigens dafür eingerichtete Klassen gebildet, die auf Basis eines allgemein- und berufsbildenden Unterrichts auf den Abschluss und die Arbeitswelt vorbereiten.

Weniger Schul-  
abgängerinnen  
und -abgänger

Die Abgängerzahl der amtlichen Schulstatistik ist nicht mit der Abbrecherzahl gleichzusetzen. Zwar befinden sich darunter Schulabbrecherinnen und -abbrecher (40 Prozent), aber auch Absolventinnen und Absolventen mit Abschluss- und Abgangszeugnissen in den Förderschwerpunkten „Lernen“ (44 Prozent) und „Ganzheitliche Entwicklung“ (16 Prozent). „Das Abschlusszeugnis der Schule mit dem Förderschwerpunkt Lernen erhalten alle Schülerinnen und Schüler, die die Klassenstufe 9 mit Erfolg besucht haben“.<sup>7</sup> Damit haben die Jugendlichen eine „besondere Form der Berufsreife“ erlangt. Die allgemeine Berufsreife kann anschließend im Berufsvorbereitungsjahr an einer Berufsschule erworben werden. Abschlusszeugnisse im Förderschwerpunkt „Ganzheitliche Entwicklung“ enthalten keine Bewertungen und Noten, sondern stellen die individuellen Lernfortschritte und die soziale, emotionale, kognitive und motorische Entwicklung der Schülerinnen und Schüler dar.<sup>8</sup>

Viele Schulab-  
gängerinnen  
und -abgänger  
mit Förder-  
schulzeugnis

6 Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz: Das besondere 10. Schuljahr „Keine/r ohne Abschluss“ an den Realschulen plus in Rheinland-Pfalz. Speyer 2014.

7 Schulordnung für die öffentlichen Sonderschulen vom 29. Mai 2000, § 55 Absatz 4.

8 Vgl. Schulordnung für die öffentlichen Sonderschulen vom 29. Mai 2000, § 56 Absatz 2 f.

### Herkunftsspezifische Disparitäten

Der Umgang mit Heterogenität ist im Zusammenhang mit Bevölkerungswanderungen, gesellschaftlichem Wandel und kultureller Vielfalt von zunehmender Bedeutung im schulischen Alltag. So werden im Kontext des aktuellen Diskurses um Schutz- und Asylsuchende insbesondere herkunftsspezifische Disparitäten im Bildungssystem thematisiert.

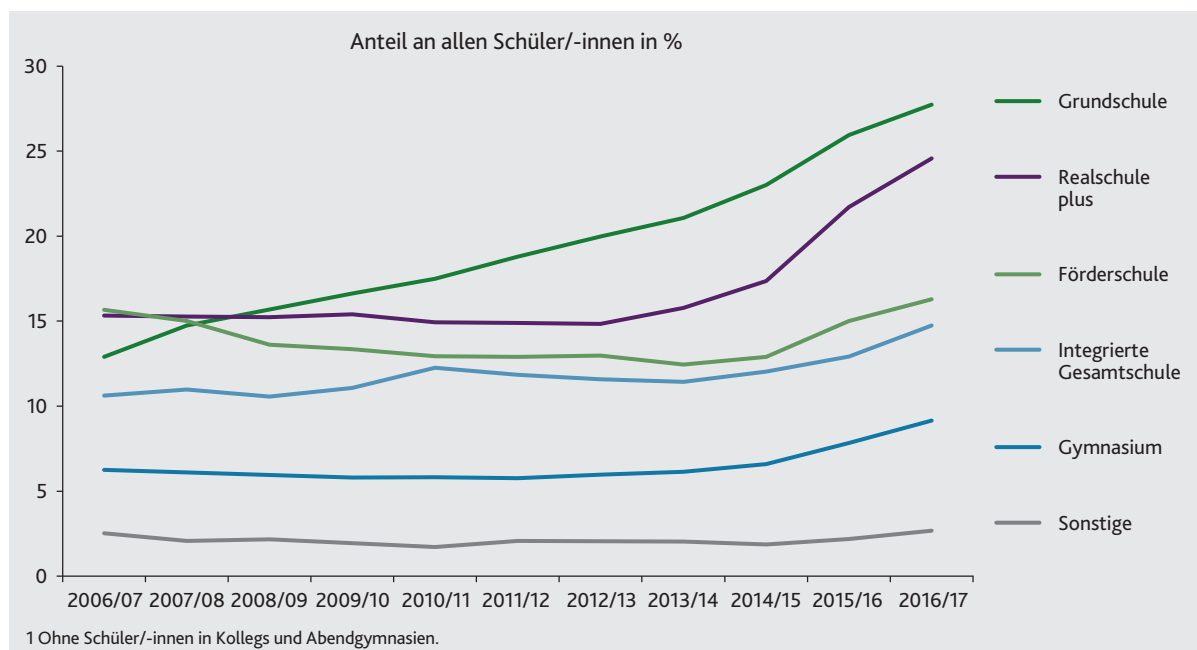
Jede bzw. jeder Fünfte mit Migrationshintergrund

Zu Beginn des Schuljahres 2016/17 besuchten 80 300 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund eine allgemeinbildende Schule in Rheinland-Pfalz. Damit hatte eine bzw. einer von fünf Schülerinnen und Schülern einen Migrationshintergrund. Ein Migrationshintergrund liegt in der amtlichen Schulstatistik vor, wenn die Schülerin bzw. der Schüler eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit hat, im Ausland geboren wurde und/oder in der Familie nicht Deutsch spricht.

Den höchsten Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verzeichneten die Grundschulen (28 Prozent) und die Realschulen plus (25 Prozent). Deutlich niedriger lag ihr Anteil in Schularten, in denen die Möglichkeit besteht, die Hochschulreife zu erlangen: Neun Prozent der Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und 15 Prozent an Integrierten Gesamtschulen hatten einen Migrationshintergrund. Während der Anteil an migrationserfahrenen Schülerinnen und Schülern an Grundschulen seit 2006/07 nahezu kontinuierlich um 15 Prozentpunkte stieg, nahm der Anteil in allen anderen Schularten insbesondere in den Schuljahren 2015/16 und 2016/17 zu. Dies ist im Wesentlichen auf die Integration von schulpflichtigen Schutz- und Asylsuchenden zurückzuführen. Die 6 300 in Syrien geborenen Schülerinnen und Schüler waren die größte Gruppe der Migrantinnen und Migranten im rheinland-pfälzischen Schulsystem. Kinder und Jugendliche aus den Krisenregionen Syrien (+301 Prozent) und Afghanistan (+325 Pro-

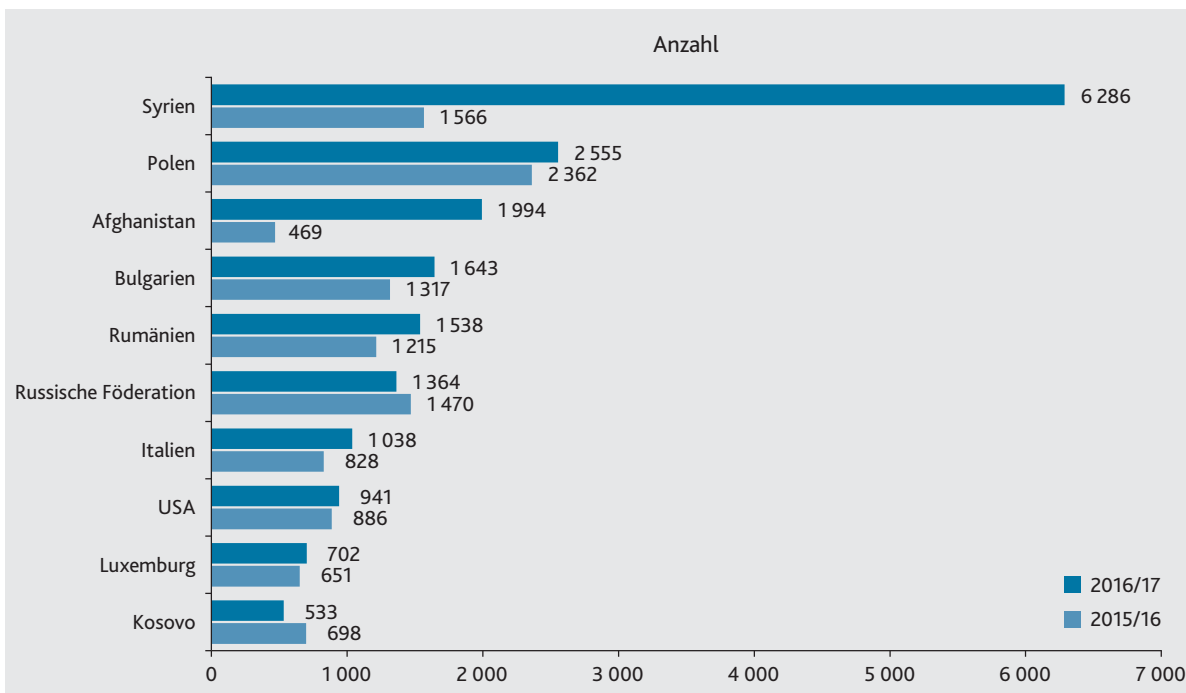
Grundschulen mit dem höchsten Anteil an Migrantinnen und Migranten

**G 6** Schüler/-innen<sup>1</sup> mit Migrationshintergrund in den Schuljahren 2006/07–2016/17 nach Schularten



G7

Schüler/-innen mit Migrationshintergrund im Schuljahr 2016/17 nach den zehn häufigsten Herkunftsländern



zent) verzeichneten zudem 2016/17 den deutlichsten Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Deren Gesamtanteil blieb jedoch gering: Auf 100 Schülerinnen und Schüler kamen zwei Kinder bzw. Jugendliche mit syrischer oder afghanischer Herkunft.

Bildungsverläufe von Migrantinnen und Migranten

Bei der These eines stabilen und herkunftsunabhängigen Bildungswegs müsste angenommen werden, dass sich der Anteil an Migrantinnen und Migranten an allen Schülerinnen und Schülern unabhängig von der erreichten Klassenstufe kaum verändert. Zur Darstellung von herkunftsspezifischen Bildungswegen wurde für jede Klassenstufe (5. bis 13.) einer weiterführenden Schule der Anteil der Migrantinnen und Migranten berechnet. Um Schwankungen auszugleichen wurde der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund anhand des Mittelwerts von jeweils drei Schuljahren gebildet. Beispielsweise ergibt sich der Anteil von 10,8 Prozent für die 5. Jahrgangsstufe

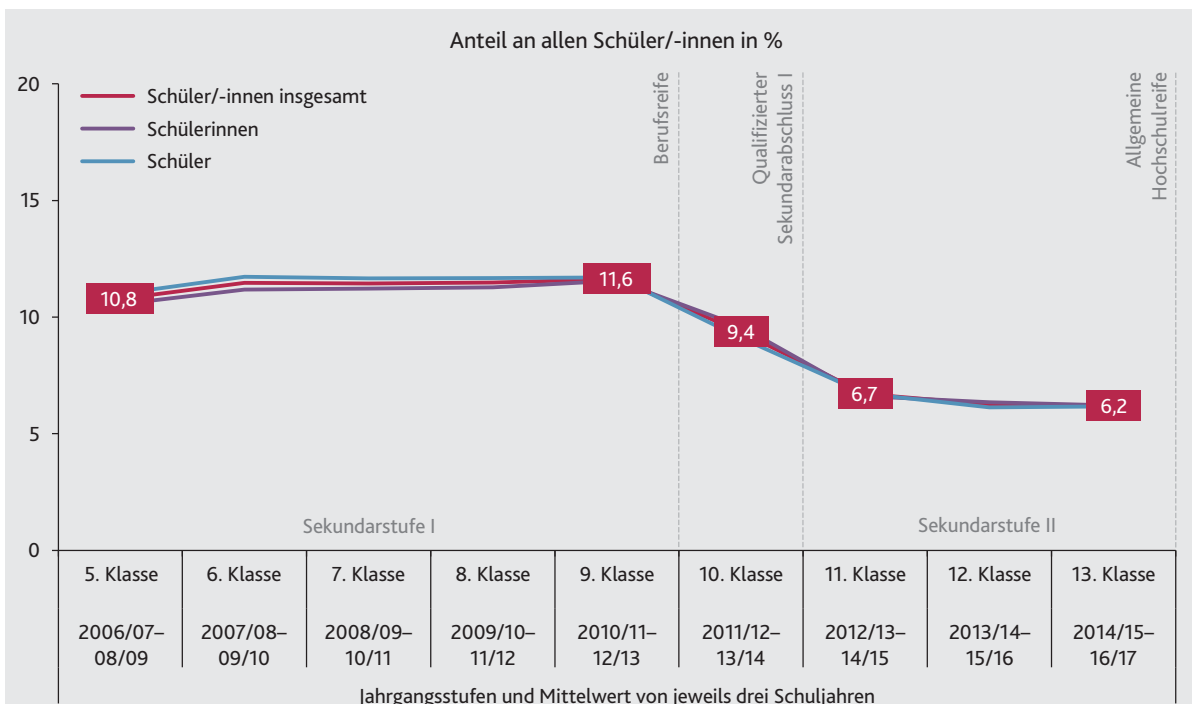
aus dem Mittelwert der Anteile aus dem Schuljahr 2006/07 (elf Prozent), 2007/08 (10,6 Prozent) und 2008/09 (10,8 Prozent).

Der Anteil an migrationserfahrenen Schülerinnen und Schülern stieg zunächst in der Sekundarstufe I bis einschließlich der 9. Klassenstufe von 10,8 auf 11,7 Prozent. Auffällig ist, dass mit jedem danach folgenden schulischen Übergang und mit zunehmendem hohem Bildungsziel der Anteil an Migrantinnen und Migranten sinkt:

- Mit Abschluss der neunten Klassenstufe wird in der Regel das Bildungsziel der Berufsreife oder das Abschlusszeugnis im Förderschwerpunkt Lernen erreicht. Zwischen der 9. und 10. Klassenstufe verringerte sich der Migrantenanteil um 2,3 Prozentpunkte auf insgesamt 9,4 Prozent.
- Mit dem Erreichen des Bildungsziels des qualifizierten Sekundarabschlusses I (Abschluss der 10. Klassenstufe) und dem

G 8

Anteil der Schüler/-innen<sup>1</sup> mit Migrationshintergrund in den Schuljahren 2006/07–2016/17 nach Klassenstufe und dem Mittelwert von jeweils drei Schuljahren



<sup>1</sup> Ohne Schüler/-innen aus Kollegs und Abendgymnasien.

Übergang in die Sekundarstufe II (11. Klassenstufe) verringerte sich der Migrantenanteil um weitere 2,7 Prozentpunkte auf 6,7 Prozent.

- In der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) wurde zwischen der 11. und 13. Klassenstufe ein weiterer Rückgang um 0,5 Prozentpunkte auf 6,2 Prozent verzeichnet.

Je höher die Schulstufe, umso geringer der Migrantenanteil

Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Bildungsverläufe zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedlich verlaufen. Migrationserfahrene Jugendliche verbleiben nach dem ersten allgemeinbildenden Abschluss (Berufsreife) – und zwar unabhängig vom Geschlecht – seltener im allgemeinbildenden Schulwesen, verfolgen seltener das Bildungsziel des qualifizierten Sekundarabschlusses I und besuchen seltener die Sekundarstufe II.

G 9

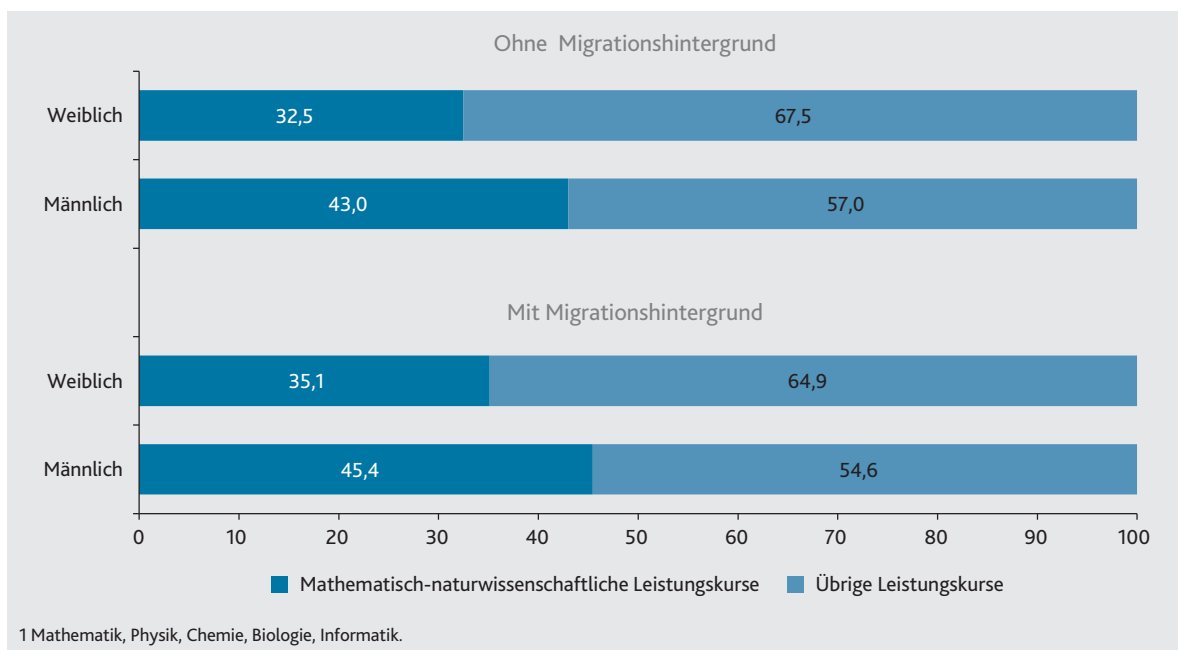
Ausgewählte Kennzahlen zu Schüler/-innen mit Migrationshintergrund im Schuljahr 2016/17

Ohne Migrationshintergrund	Mit Migrationshintergrund
Zahl der Schüler/-innen	
334 800	80 300
Besuch eines Gymnasiums	
35%	15%
Besuch einer Privatschule/Schule in freier Trägerschaft	
10%	2%
Teilnahme an schulischen Ganztagsangeboten	
23%	35%
Teilnahme am Ethikunterricht	
15%	51%
Abgänger/-innen ohne Berufsreife	
4%	9%



G 10

Schüler/-innen der gymnasialen Oberstufe in mathematisch-naturwissenschaftlichen Leistungskursen<sup>1</sup> im Schuljahr 2016/17 nach Migrationshintergrund und Geschlecht



Herkunftsspezifische Unterschiede zeigen sich im Bildungssystem

Werden zusätzliche Kennzahlen der Bildungsverläufe von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshintergrund miteinander verglichen, zeigen sich weitere herkunftsspezifische Unterschiede im allgemeinbildenden Schulsystem. Migrationserfahrene Kinder und Jugendliche besuchten beispielsweise seltener ein Gymnasium (15 gegenüber 35 Prozent) oder eine Privatschule (zwei gegenüber zehn Prozent), nahmen häufiger am Ganztagsangebot (35 gegenüber 23 Prozent) und am Ethikunterricht teil (51 gegenüber 15 Prozent) und verließen die Schule öfter ohne Berufsreife (neun gegenüber vier Prozent).

**Unterschiede in der Wahl von MINT-Leistungskursen**

MINT-Fächer mit zunehmender Bedeutung

Neben herkunftsspezifischen Disparitäten sind geschlechterspezifische Unterschiede Gegenstand des bildungswissenschaftlichen und bildungspolitischen Diskurses. Von besonderem Interesse ist dabei die Belegung

von mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern. Dies begründet sich in der weitreichenden Bedeutung des technischen Fortschritts für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie in der Nachfrage nach technisch und naturwissenschaftlich hochqualifizierten Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt. Dementsprechend viele bundesweite Initiativen und Programme wie der „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen – Komm, mach MINT“<sup>9</sup> oder „CyberMentor“<sup>10</sup> verfolgen das Ziel, Schülerinnen in den Fächergruppen Naturwissenschaften und Technik zu fördern.

Ein Indikator der Belegung MINT-Fächer ist die Wahl der Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe. Unter MINT-Fächern werden in der Regel Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik verstan-

9 Staatskanzlei Rheinland-Pfalz: Frauen in MINT-Berufen. Mainz, Pressemeldung vom 24.02.2016.

10 Universität Regensburg: CyberMentor. Mentorinnen begeistern Mädchen für MINT. Regensburg 2017.

den. Übertragen auf die Leistungskurse der Mainzer Studienstufe wären das die Fächer Mathematik, Physik, Chemie, Biologie und Informatik.

Frauen mit  
Migrations-  
hintergrund  
wählen  
häufiger  
MINT-Leis-  
tungskurse

Insgesamt belegten 2016/17 rund 37 Prozent der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe einen MINT-Leistungskurs. Zwischen den Geschlechtern zeigten sich jedoch deutliche Unterschiede: Während 43 Prozent der jungen Männer einen mathematisch-naturwissenschaftlichen Leistungskurs wählten, waren es bei den jungen Frauen nur 33 Prozent. Werden Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund berücksichtigt, verändert sich die Fachbelegung geringfügig. Während

33 Prozent der Schülerinnen und 43 Prozent der Schüler ohne Migrationshintergrund einen MINT-Leistungskurs wählten, waren es bei migrationserfahrenen Frauen mehr als 35 Prozent und bei den jungen Männern mit Migrationshintergrund mehr als 45 Prozent. Offensichtlich entscheiden sich Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund eher für ein mathematisch-naturwissenschaftliches Fach als Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

Dr. Marco Schröder leitet das Referat „Schulen, Hochschulen und Berufsbildung“.





## Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in black on a light-colored background. The values range from approximately 65,000 to 157,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows having more columns than others. The overall appearance is that of a printed document, possibly a page from a statistical yearbook or report.

20	129 151	130 953	127 842
752	134 121	128 093	128 432
6 058	126 824	133 450	133 520
134 628	134 545	157 284	110 138
157 811	157 827	111 776	77 082
113 466	113 035	80 756	61 100
87 007	84 980	63 568	61 100
65 282	64 829	77 648	61 100
78 320	78 146	92 396	61 100
95 409	94 429	125 873	61 100
	125 677	103 800	61 100
	87 027	69 000	61 100

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern \* gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

## Bevölkerung

	Einheit	2014	2015			2016				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 012 <sup>1,2</sup>	4 053 <sup>1,2</sup>	4 040	4 046	4 053	...	...	...	...
darunter Ausländer <sup>3</sup>	1 000	331 <sup>1,2</sup>	383 <sup>1,2</sup>	371	376	383	...	...	...	...

## Natürliche Bevölkerungsbewegung<sup>4</sup>

* Eheschließungen <sup>5</sup>	Anzahl	1 636	1 695	1 692	1 186	2 192	...	...	...	...
* Lebendgeborene <sup>6</sup>	Anzahl	2 786	2 912	3 008	2 918	3 784	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	8,4	8,7	8,8	8,8	11,0	...	...	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>7</sup>	Anzahl	3 693	3 898	3 444	3 716	4 237	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	11,6	10,0	11,2	12,3	...	...	...	...
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>7</sup>	Anzahl	8	10	21	6	12	...	...	...	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,0	3,5	7,0	2,1	3,2	...	...	...	...
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 907	- 986	- 436	- 798	- 453	...	...	...	...
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 2,7	- 2,9	- 1,3	- 2,4	- 1,3	...	...	...	...

## Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	11 303	14 039	17 675	16 090	15 805	...	...	...	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	5 428	8 106	10 015	10 204	10 530	...	...	...	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 026	9 695	12 414	9 889	8 863	...	...	...	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	3 141	3 637	3 917	3 981	4 217	...	...	...	...
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	2 277	4 344	5 261	6 201	6 942	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>8</sup>	Anzahl	14 152	15 659	18 649	16 392	16 582	...	...	...	...

## Erwerbstätigkeit

### Beschäftigte<sup>9,10,11</sup>

	Einheit	2013	2014		2015			2016		
		30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>12</sup>	1 000	1 299	1 321	1 326	1 332	1 345	1 367	1 353	1 353	1 362
* Frauen	1 000	599	611	619	622	626	636	634	633	635

1 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes auf der Basis des Zensus 2011. – 2 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 3 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. – 4 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 5 Nach dem Ereignisort. – 6 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 7 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 8 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 9 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 10 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 11 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 12 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

## noch: Erwerbstätigkeit

Beschäftigte<sup>1,2,3</sup>

	Einheit	2013	2014		2015			2016		
			30.06.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.
* Ausländer/-innen	1 000	96	106	104	110	117	122	117	121	128
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	341	353	359	365	373	377	378	379	385
* darunter Frauen	1 000	286	295	300	304	309	312	313	314	317
davon nach Wirtschaftsbereichen <sup>4</sup>										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	10	12	13	14	11	12	13
* produzierendes Gewerbe	1 000	418	422	420	420	422	429	423	422	423
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	278	285	287	289	294	299	296	295	298
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	204	206	207	209	213	216	213	213	215
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	387	396	402	402	403	409	411	412	412

Arbeitsmarkt<sup>5</sup>

	Einheit	2015	2016				2017			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Arbeitslose	Anzahl	112 882	111 436	120 261	117 300	112 192	118 496	117 804	112 775	108 447
* Frauen	Anzahl	52 144	50 458	53 315	52 350	50 841	51 655	51 175	49 825	48 818
Männer	Anzahl	60 737	60 978	66 946	64 950	61 351	66 840	66 628	62 949	59 628
SGB III (Arbeitslosengeld I) <sup>6</sup>	Anzahl	41 783	41 185	46 295	43 654	40 172	49 954	49 845	45 623	42 203
SGB II (Arbeitslosengeld II) <sup>7</sup>	Anzahl	71 098	70 250	73 966	73 646	72 020	68 542	67 959	67 152	66 244
* Arbeitslosenquote <sup>8</sup>	%	5,2	5,1	5,5	5,4	5,2	5,4	5,4	5,1	4,9
* Frauen	%	5,1	4,9	5,2	5,1	5,0	5,0	5,0	4,8	4,7
* Männer	%	5,3	5,3	5,8	5,6	5,3	5,8	5,7	5,4	5,1
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	4,6	4,7	4,8	4,7	4,4	5,0	5,1	4,8	4,6
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,2	3,4	3,0	3,1	3,1	3,4	3,4	3,1	3,1
Ältere von 50–65 Jahren	%	5,3	5,1	5,7	5,5	5,3	5,2	5,2	5,0	4,8
Ältere von 55–65 Jahren	%	5,8	5,6	6,2	6,1	5,8	5,7	5,7	5,5	5,4
* Ausländer/-innen	%	12,4	13,4	14,2	14,0	13,6	15,8	15,8	15,2	14,5
Deutsche	%	4,6	4,3	4,8	4,6	4,4	4,4	4,4	4,2	4,0
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 505	...	4 660	4 421	2 166	...	...	...	...
* Gemeldete Arbeitsstellen <sup>9</sup>	Anzahl	27 760	32 997	30 783	32 075	32 573	33 012	34 934	35 920	36 135

## Soziales

Leistungsbezug nach SGB II<sup>10</sup>

	Einheit	2014	2015		2016			2017		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	228 053	231 358	229 729	231 540	234 954	239 904	242 710	246 396	...
* darunter Frauen	Anzahl	116 813	117 667	116 288	116 848	118 108	118 703	119 827	121 439	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	155 157	157 260	155 290	156 830	159 532	163 454	165 254	167 934	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	59 027	60 383	60 459	60 411	61 151	64 027	65 065	66 510	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	56 583	58 286	58 403	58 374	59 073	62 032	63 051	64 462	...

1 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Aufgrund einer rückwirkenden Revision der Beschäftigungsstatistik im August 2014 weichen diese Daten von zuvor veröffentlichten Daten ab. Vergleiche Methodenbericht im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit. – 3 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 4 Abgrenzung nach WZ 2008. – 5 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 6 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 7 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes, ab Januar 2014 einschließlich der Meldung von offenen Stellen durch kooperierende Unternehmen im automatisierten Verfahren. – 10 Quelle: Bundesagentur für Arbeit. Im Zuge einer Revision wurden ab dem Berichtsjahr 2016 die Definitionen für Bedarfsgemeinschaften überarbeitet. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist daher nur eingeschränkt möglich.

**Bautätigkeit****(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für  
Wohngebäude**

Einheit	2014	2015			2016			2017		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	519	547	594	686	511	460	526	455	464
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	473	493	536	614	464	397	455	403	410
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	4	6	6	8	1	1	2	1
Unternehmen	Anzahl	74	64	95	111	59	53	92	78	63
private Haushalte	Anzahl	442	479	493	569	444	406	433	375	400
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	934	1 025	1 080	1 465	1 064	1 155	1 001	860	809
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	594	652	683	929	677	679	621	532	550
* Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	112	121	129	170	123	126	117	98	100
Wohnräume	Anzahl	4 424	4 881	5 150	7 361	4 921	4 942	4 709	3 862	4 076
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	172	195	205	273	207	207	190	164	169

**Baugenehmigungen für  
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	123	125	105	90	102	144	145	120	138
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	11	10	5	10	18	13	23	19	13
Unternehmen	Anzahl	86	94	78	57	67	86	89	69	77
private Haushalte	Anzahl	26	21	22	23	17	45	33	32	48
Wohnungen in Nichtwohn- gebäuden	Anzahl	15	10	11	4	12	9	27	5	14
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	797	941	2 201	589	561	644	961	538	1 159
* Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	105	111	213	81	77	95	134	87	148
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	90	81	64	94	81	101	132	74	104

**Genehmigte Wohnungen  
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 128	1 221	1 472	1 708	1 182	1 355	1 205	1 014	982
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	5 321	5 674	6 409	8 140	5 467	5 649	5 465	4 593	4 743

## Landwirtschaft

	Einheit	2014	2015		2016			2017		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) <sup>1</sup>	t	11 228	11 523	11 402	11 639	11 344	12 470	11 978	10 943	10 780
darunter										
* Rinder insgesamt	t	1 944	1 983	2 114	1 961	1 813	2 530	2 062	1 861	1 714
darunter										
* Kälber	t	7	7	18	7	6	9	15	3	4
* Jungrinder	t	7	10	8	5	10	20	16	13	13
* Schweine	t	9 234	9 491	9 226	9 642	9 492	9 888	9 856	9 046	9 026
* Eierzeugung <sup>2</sup>	1 000	15 097	15 747	17 702	17 565	17 626	13 623	16 152	17 346	17 645

## Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie  
Bergbau und Gewinnung von  
Steinen und Erden<sup>3</sup>

* Betriebe	Anzahl	982	1 009	1 007	989	1 002	1 002	1 002	988	1 006
* Beschäftigte <sup>4</sup>	Anzahl	251 312	255 724	253 333	252 081	253 236	253 781	253 160	251 789	252 595
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	32 012	32 274	29 441	31 885	33 118	33 717	29 562	33 111	32 585
* Entgelte	Mill. EUR	1 029	1 065	1 011	996	980	1 410	1 064	993	997
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	7 107	7 221	7 010	6 356	7 209	7 386	6 946	7 090	7 440
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>5</sup>	Mill. EUR	4 006	3 900	3 299	3 627	3 942	3 925	3 379	4 099	4 164
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 846	2 028	2 350	1 524	2 027	2 170	2 212	1 719	2 057
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	83	87	87	80	92	109	102	80	87
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 172	1 206	1 273	1 124	1 148	1 182	1 253	1 192	1 131
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 386	2 269	1 951	2 111	2 284	2 144	1 906	2 411	2 466
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	931	1 037	1 222	719	1 021	1 158	1 144	722	987
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 918	4 047	3 889	3 598	4 089	4 036	3 760	4 008	4 279
Exportquote <sup>6</sup>	%	55,1	56,0	55,5	56,6	56,7	54,6	54,1	56,5	57,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2010=100	101,6	107,8	106,2	113,4	115,2	114,0	113,1	120,7	120,6
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2010=100	98,2	96,9	83,9	102,6	106,3	98,8	92,0	110,0	111,1
Investitionsgüterproduzenten	2010=100	111,9	119,6	127,6	116,6	123,8	133,8	137,7	126,9	130,8

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Inneereien. – 2 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeriern. – 3 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



## noch: Produzierendes Gewerbe

### Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden<sup>1</sup>

Einheit		2014	2015		2016				2017	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2010=100	58,6	56,2	41,9	118,7	64,2	63,1	66,4	143,7	60,3
Verbrauchsgüterproduzenten	2010=100	85,3	126,4	149,3	157,0	135,9	123,6	134,6	149,8	139,8
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2010=100	98,2	96,1	79,4	100,4	103,8	92,1	88,4	109,7	112,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2010=100	114,0	121,6	130,1	106,3	122,9	133,5	141,0	108,7	124,1

### Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen<sup>2</sup>

* Betriebe <sup>3</sup>	Anzahl	174	180	178	182	182	176	174	173	173
* Beschäftigte <sup>3,4</sup>	Anzahl	9 764	9 509	9 467	9 418	9 394	9 423	9 397	9 399	9 414
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>3</sup>	1 000 h	1 190	1 166	1 049	1 167	1 168	1 223	1 065	1 203	1 116
* Entgelte <sup>3</sup>	Mill. EUR	42	42	39	38	38	57	39	39	38
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung <sup>5</sup>										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	321	271	362	420	387	434	260	489	430
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	307	257	347	405	372	420	246	469	413

### Baugewerbe Bauhauptgewerbe<sup>6</sup>

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	18 875	18 579	18 875	18 559	18 692	19 316	19 171	19 301	19 305
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	1 969	1 906	1 592	1 195	1 531	2 156	1 616	1 028	1 637
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	319	310	271	232	291	350	273	214	313
* gewerblicher Bau <sup>7</sup>	1 000 h	642	649	550	466	530	688	549	397	582
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 008	974	771	497	710	1 117	794	417	743
darunter Straßenbau	1 000 h	544	500	405	218	337	612	422	199	370
* Entgelte	Mill. EUR	58	59	66	50	51	78	62	51	54

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Engpassleistung ab 1 MW. – 6 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 7 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

## noch: Baugewerbe

Bauhauptgewerbe<sup>1</sup>

Einheit	2014	2015			2016			2017	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	

* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	254	247	322	125	155	325	340	128	171
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	40	39	50	23	35	57	57	28	36
* gewerblicher Bau <sup>2</sup>	Mill. EUR	87	88	109	47	55	105	111	48	67
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	127	119	162	56	65	163	172	52	68
darunter Straßenbau	Mill. EUR	66	60	84	23	27	89	95	24	29

Ausbaugewerbe  
(Bauinstallation und son-  
stiger Ausbau)<sup>3</sup>

Einheit	2014	2015			2016			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

Betriebe <sup>4</sup>	Anzahl	412	425	426	425	424	423	423	420	419
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) <sup>4</sup>	Anzahl	15 644	16 006	15 920	16 182	16 013	15 902	15 920	16 231	16 152
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 937	5 020	4 905	5 136	5 152	4 854	5 036	5 116	5 020
* Entgelte	Mill. EUR	120	126	125	126	134	120	127	127	138
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	425	440	425	431	553	357	428	451	593

Handel<sup>5</sup>Großhandel<sup>6</sup>

Einheit	2014	2015			2016			2017	
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	

* Beschäftigte	2010=100	106,6	108,6	108,3	108,4	108,7	108,7	108,1	106,5	106,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	118,4	122,2	121,6	120,8	120,7	117,7	117,6	115,8	115,5
* Umsatz nominal <sup>7</sup>	2010=100	93,2	93,6	93,7	80,5	82,8	93,1	90,4	80,6	85,2
* Umsatz real <sup>7</sup>	2010=100	87,0	87,7	88,7	76,1	78,3	86,6	83,6	74,3	78,3

Einzelhandel<sup>8</sup>

* Beschäftigte	2010=100	104,7	106,4	109,2	107,4	106,9	108,8	109,5	108,0	107,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	105,7	108,0	111,3	109,1	108,2	110,6	111,9	109,6	108,9
* Umsatz nominal <sup>7</sup>	2010=100	102,3	104,2	120,5	95,0	95,7	109,3	124,0	98,3	95,3
* Umsatz real <sup>7</sup>	2010=100	97,3	99,1	115,4	91,3	91,6	102,8	116,9	92,5	88,9

1 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten; Ergebnisse des Monatsberichts bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 4 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 5 Die Ergebnisse für Einzelhandel und Gastgewerbe beruhen auf Stichprobenerhebungen; die Berichtskreise werden jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Groß- und Kfz-Handel basieren die Ergebnisse ab Januar 2011 auf einem Mixmodell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). – 6 Einschließlich Handelsvermittlung. – 7 Ohne Umsatzsteuer. – 8 Einschließlich Tankstellen.

**noch: Handel<sup>1</sup>****Kfz-Handel<sup>P,2</sup>**

	Einheit	2014	2015		2016				2017	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Beschäftigte	2010=100	104,3	105,5	107,3	106,3	106,1	109,9	109,3	108,6	108,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	118,2	121,1	123,0	122,2	122,5	126,1	125,4	125,4	126,0
* Umsatz nominal <sup>3</sup>	2010=100	98,1	106,1	98,0	89,6	96,9	120,1	105,2	93,7	100,7
* Umsatz real <sup>3</sup>	2010=100	95,4	102,3	94,5	86,3	93,3	114,3	100,2	89,2	95,5

**Gastgewerbe<sup>P</sup>**

* Beschäftigte	2010=100	102,0	103,4	100,9	92,6	95,1	102,9	102,2	95,8	96,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2010=100	103,7	106,4	103,1	95,7	99,6	107,9	107,1	100,7	102,0
* Umsatz nominal <sup>3</sup>	2010=100	80,7	80,9	81,0	58,4	60,1	73,8	82,0	61,0	62,1
* Umsatz real <sup>3</sup>	2010=100	74,5	73,0	72,6	52,2	53,7	64,8	72,1	53,5	54,3

**Tourismus<sup>4</sup>**

* Gästeankünfte	1 000	684	708	450	344	412	537	464	364	393
*  darunter von Auslandsgästen	1 000	154	157	92	53	76	89	86	62	73
* Gästeübernachtungen	1 000	1 762	1 813	1 138	908	1 020	1 213	1 122	913	970
*  darunter von Auslandsgästen	1 000	439	447	249	135	201	223	219	157	185

**Verkehr****Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2014	2015		2016				2017	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>5</sup>	Anzahl	1 770	1 772	1 958	1 738	1 666	2 024	1 867	1 750	1 603
*  darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 232	1 135	1 288	1 162	987	1 364	1 235	1 100	896
* Getötete Personen	Anzahl	15	16	18	8	14	16	14	17	10
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	7	8	6	5	11	10	10	11	7
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	4	4	5	-	-	1	3	-	-
Radfahrer	Anzahl	4	3	-	2	-	1	-	3	-
Fußgänger	Anzahl	2	1	4	-	2	3	1	2	3
* Verletzte Personen	Anzahl	1 593	1 460	1 646	1 574	1 247	1 826	1 603	1 499	1 178

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwere Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

**noch: Verkehr****Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2014	2015		2016			2017		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	305	274	283	226	226	312	289	235	189
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	134	126	158	126	122	167	166	168	123
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	77	70	33	19	18	64	40	14	15
Radfahrer	Anzahl	48	41	39	27	25	48	19	11	13
Fußgänger	Anzahl	29	25	49	43	51	19	47	29	32

**Kraftfahrzeuge<sup>1</sup>**

	Einheit	2014	2015		2016			2017		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 953	12 896	10 869	10 364	11 272	12 487	12 450	10 861	10 970
darunter										
Kraftträder	Anzahl	613	680	238	224	516	297	811	103	360
* Personenkraftwagen <sup>2</sup>	Anzahl	10 050	10 853	9 241	8 978	9 415	10 692	10 242	9 433	9 324
* Lastkraftwagen	Anzahl	878	924	943	833	955	1 101	986	939	897
Zugmaschinen	Anzahl	328	345	325	278	302	300	273	277	308

**Personenbeförderung**

	Einheit	2014	2015			2016				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	54 611	53 397	56 127	45 499	55 378	61 451	61 933	50 936	65 441
Personenkilometer <sup>3</sup>	Mill.	510	494	528	427	509	630	646	543	665

**Binnenschifffahrt**

	Einheit	2014	2015		2016			2017		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Güterempfang	1 000 t	1 065	1 007	805	975	1 069	784	867	775	701
* Güterversand	1 000 t	813	777	719	738	729	638	781	606	483

**Außenhandel<sup>4</sup>****Ausfuhr (Spezialhandel)<sup>5</sup>**

* Insgesamt	Mill. EUR	4 010	4 277	4 114	3 998	4 006	4 222	4 407	3 970	4 358
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	291	311	316	266	310	307	330	288	320
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 677	3 910	3 728	3 677	3 659	3 813	3 961	3 562	3 909

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel<sup>1</sup>Ausfuhr (Spezialhandel)<sup>2</sup>

	Einheit	2014	2015		2016				2017	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	22	20	20	19	23	19	18	18
* Halbwaren	Mill. EUR	159	151	135	121	141	137	138	119	127
* Fertigwaren	Mill. EUR	3 494	3 738	3 574	3 537	3 499	3 654	3 804	3 425	3 764
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	931	947	778	774	907	927	956	817	1 032
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	2 563	2 790	2 796	2 763	2 592	2 726	2 848	2 608	2 733
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 731	2 932	2 895	2 700	2 800	2 996	3 074	2 611	3 036
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	2 399	2 610	2 591	2 464	2 536	2 692	2 736	2 341	2 755
Belgien	Mill. EUR	198	199	181	184	181	207	203	168	195
Luxemburg	Mill. EUR	54	54	50	48	44	55	56	49	48
Dänemark	Mill. EUR	37	39	37	38	41	47	47	36	53
Finnland	Mill. EUR	30	33	26	27	30	31	28	29	31
Frankreich	Mill. EUR	422	424	421	437	413	424	451	391	432
Griechenland	Mill. EUR	33	27	24	23	29	21	38	24	33
Großbritannien	Mill. EUR	279	287	308	287	301	296	304	252	294
Irland	Mill. EUR	14	20	19	21	23	19	20	19	18
Italien	Mill. EUR	224	247	292	209	254	258	258	211	270
Niederlande	Mill. EUR	222	303	268	255	295	283	284	263	353
Österreich	Mill. EUR	155	163	170	138	145	158	163	133	150
Schweden	Mill. EUR	70	74	73	71	69	82	81	68	84
Spanien	Mill. EUR	194	206	195	202	203	216	234	201	245
Portugal	Mill. EUR	32	31	33	26	33	39	47	36	47
* Afrika	Mill. EUR	105	127	127	141	70	103	150	124	73
* Amerika	Mill. EUR	553	584	471	563	571	515	545	588	601
darunter nach USA	Mill. EUR	386	414	325	430	419	340	367	415	420
* Asien	Mill. EUR	591	601	590	562	537	564	602	610	604
darunter nach China	Mill. EUR	162	148	142	122	138	126	129	143	156
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	31	31	31	29	43	35	36	42

Einfuhr (Generalhandel)<sup>2</sup>

* Insgesamt	Mill. EUR	2 666	2 851	3 166	2 644	2 679	2 868	3 005	3 054	2 970
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	270	277	308	279	264	226	251	229	244
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 281	2 436	2 702	2 240	2 285	2 442	2 525	2 587	2 471
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	39	39	34	35	36	41	32	39
* Halbwaren	Mill. EUR	293	255	204	209	232	233	228	209	241
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 947	2 142	2 458	1 996	2 018	2 173	2 255	2 346	2 190

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel<sup>1</sup>Einfuhr (Generalhandel)<sup>2</sup>

Einheit	2014	2015		2016				2017		
	Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	550	558	532	416	521	483	510	455	537
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 397	1 585	1 926	1 580	1 496	1 690	1 746	1 891	1 653
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 983	2 087	2 099	1 981	1 886	2 140	2 304	2 361	2 141
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	1 726	1 867	1 928	1 800	1 686	1 937	2 091	2 169	1 925
Belgien	Mill. EUR	290	271	285	237	258	263	259	237	262
Luxemburg	Mill. EUR	45	47	49	41	43	49	57	53	60
Dänemark	Mill. EUR	19	22	20	32	21	20	18	21	21
Finnland	Mill. EUR	8	12	13	13	12	13	14	12	12
Frankreich	Mill. EUR	244	243	263	259	202	247	258	235	232
Griechenland	Mill. EUR	8	7	6	7	7	8	9	8	7
Großbritannien	Mill. EUR	111	105	113	93	99	94	110	92	114
Irland	Mill. EUR	25	99	90	179	61	115	131	201	62
Italien	Mill. EUR	163	166	169	137	143	175	186	174	178
Niederlande	Mill. EUR	260	296	259	249	274	313	325	286	306
Österreich	Mill. EUR	86	103	138	124	98	128	139	115	108
Schweden	Mill. EUR	43	48	44	43	36	39	64	49	58
Spanien	Mill. EUR	105	104	112	96	100	101	123	356	117
Portugal	Mill. EUR	15	16	15	15	14	17	20	19	22
* Afrika	Mill. EUR	51	41	32	33	48	46	55	53	63
* Amerika	Mill. EUR	243	313	638	262	311	249	237	265	258
darunter aus USA	Mill. EUR	173	239	550	200	228	198	177	218	192
* Asien	Mill. EUR	385	405	393	363	429	428	403	371	502
darunter aus China	Mill. EUR	164	182	199	165	203	178	169	184	233
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	4	5	5	5	6	5	6

Gewerbeanzeigen<sup>3</sup>

Einheit	2014	2015		2016				2017		
	Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	2 929	2 915	2 475	3 205	2 933	2 441	2 512	3 267	2 531
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	466	475	458	505	546	376	438	523	422
sonstige Neugründungen	Anzahl	1 920	1 900	1 480	2 068	1 860	1 525	1 484	2 066	1 651
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 879	2 881	3 875	3 283	2 604	2 590	3 884	3 312	2 440
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	414	421	586	517	414	347	518	492	371
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 961	1 973	2 750	2 153	1 738	1 762	2 792	2 146	1 568

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

**Insolvenzen**

	Einheit	2014	2015		2016			2017		
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Insgesamt	Anzahl	524	477	453	402	468	467	476	426	385
davon										
* Unternehmen	Anzahl	81	75	68	36	62	69	76	48	48
* Verbraucher	Anzahl	320	282	272	244	280	278	276	253	234
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	105	103	100	91	103	106	110	105	80
* sonstige natürliche Personen, <sup>1</sup> Nachlässe	Anzahl	19	17	13	31	23	14	14	20	23
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	96	88	102	43	57	65	120	63	65

**Handwerk<sup>2</sup>**

	Einheit	2014	2015			2016				
		Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	
* Beschäftigte <sup>3</sup>	2009=100 <sup>4</sup>	98,6	98,6	98,2	100,1	98,5	97,9	98,1	99,6	98,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) <sup>5</sup>	2009=100 <sup>6</sup>	101,4	103,8	103,1	107,5	118,9	89,8	109,8	109,9	117,0

**Preise**

	Einheit	2015	2016			2017				
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2010=100	107,0	107,6	106,7	107,5	107,0	108,4	109,0	108,9	109,0
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2010=100	106,3	107,6	107,2	107,3	107,3	108,5	108,5	108,6	108,7

**Verdienste<sup>7</sup>**

	Einheit	2015	2016	2015			2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Bruttomonatsverdienste <sup>8</sup> der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer <sup>9</sup> im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 907	3 996	3 576	3 576	3 612	3 604	3 640	3 669	3 704
* Frauen	EUR	3 372	3 469	3 122	3 131	3 154	3 190	3 198	3 222	3 247
* Männer	EUR	4 121	4 207	3 756	3 755	3 796	3 768	3 816	3 849	3 889
* Leistungsgruppe 1 <sup>10</sup>	EUR	7 434	7 483	6 531	6 566	6 636	6 511	6 572	6 646	6 733
* Leistungsgruppe 2 <sup>10</sup>	EUR	4 506	4 580	4 156	4 181	4 209	4 169	4 199	4 232	4 266
* Leistungsgruppe 3 <sup>10</sup>	EUR	3 319	3 390	3 062	3 058	3 088	3 080	3 115	3 139	3 167
* Leistungsgruppe 4 <sup>10</sup>	EUR	2 756	2 815	2 572	2 574	2 586	2 571	2 609	2 643	2 654
* Leistungsgruppe 5 <sup>10</sup>	EUR	2 111	2 277	2 021	2 024	2 031	2 092	2 146	2 159	2 156

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung; die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.



**noch: Verdienste<sup>1</sup>**

	Einheit	2015	2016	2015			2016			
		Durchschnitt		2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	4 282	4 300	3 816	3 806	3 863	3 763	3 820	3 854	3 894
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 877	4 031	3 460	3 519	3 527	(3 635)	(3 590)	3 662	3 672
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	4 472	4 485	3 948	3 919	3 984	3 902	3 958	3 966	4 021
* Energieversorgung	EUR	5 168	5 154	4 456	4 528	4 552	4 448	4 492	4 598	4 592
* Wasserversorgung <sup>2</sup>	EUR	3 372	3 467	3 145	3 130	3 204	3 200	3 223	3 261	3 262
* Baugewerbe	EUR	3 351	3 316	3 187	3 241	3 226	3 008	3 079	3 230	3 198
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 671	3 798	3 423	3 431	3 456	3 500	3 523	3 549	3 582
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 496	3 601	3 219	3 241	3 265	3 242	3 287	3 293	3 367
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 905	3 024	2 726	2 731	2 743	2 802	2 826	2 845	2 849
* Gastgewerbe	EUR	2 219	2 277	2 085	2 104	2 161	2 158	2 155	2 147	2 161
* Information und Kommunikation	EUR	5 209	5 276	4 752	4 722	4 759	4 810	4 852	4 892	4 894
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	5 184	5 252	4 321	4 346	4 391	4 372	4 353	4 469	4 465
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	/	(3 963)	(3 409)	(3 470)	(3 605)	/	/	(3 622)	(3 601)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	5 031	5 172	4 401	4 366	4 422	4 536	4 574	4 522	4 576
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	2 274	2 482	2 183	2 200	2 228	2 334	2 367	2 368	2 364
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 642	3 730	3 531	3 561	3 542	3 563	3 591	3 644	3 677
* Erziehung und Unterricht	EUR	4 249	4 304	4 136	4 202	4 163	4 160	4 209	4 239	4 222
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 783	3 804	3 555	3 567	3 588	3 540	3 560	3 606	3 620
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 587)	3 846	(3 330)	3 257	(3 392)	3 531	3 543	3 577	3 615
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	3 295	3 385	3 082	3 088	3 138	3 143	3 147	3 152	3 220

**Geld und Kredit<sup>3</sup>**

	Einheit	2014	2015			2016				
		Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	
<b>Kredite an Nichtbanken</b>	Mill. EUR	124 868	122 284	120 613	122 178	124 927	124 910	125 677	124 745	125 831
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 066	10 371	10 437	9 901	10 314	10 446	10 770	10 468	10 363

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem 1. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Geld und Kredit<sup>1</sup>**

Einheit	2014	2015			2016					
	Durchschnitt	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.		
<b>Kredite an Nichtbanken</b>										
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 109	11 456	11 170	11 134	11 942	12 152	12 104	11 693	11 548
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	99 693	100 457	99 006	101 143	102 671	102 312	102 803	102 584	103 920
Kredite an inländische Nichtbanken										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	117 843	116 191	114 545	116 013	119 231	119 329	119 966	119 131	120 240
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	106 825	105 382	103 815	105 394	108 340	108 491	109 077	108 336	109 595
Kredite an ausländische Nichtbanken										
	Mill. EUR	11 018	10 809	10 730	10 619	10 891	10 838	10 889	10 795	10 675
	Mill. EUR	7 025	6 093	6 068	6 165	5 696	5 581	5 711	5 614	5 591

**Einlagen und aufgenommene**
**Kredite von Nichtbanken**

	Mill. EUR	114 331	115 850	114 532	117 274	117 893	116 446	117 935	115 669	119 059
Sichteinlagen	Mill. EUR	55 411	60 249	58 709	62 506	63 055	62 391	64 562	66 064	69 254
Termineinlagen	Mill. EUR	25 128	23 065	23 215	22 608	22 434	22 804	22 413	18 880	18 863
Sparbriefe	Mill. EUR	5 817	5 078	5 147	4 995	4 833	3 892	3 737	3 589	3 415
Spareinlagen	Mill. EUR	27 976	27 460	27 461	27 165	27 571	27 359	27 223	27 136	27 527
Einlagen von inländischen Nichtbanken										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	111 895	113 579	112 080	115 084	115 837	114 262	115 636	114 000	117 372
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	108 955	110 920	109 442	112 439	112 962	111 883	113 059	111 446	114 321
	Mill. EUR	2 940	2 659	2 638	2 645	2 875	2 379	2 577	2 554	3 051
Einlagen von ausländischen Nichtbanken										
	Mill. EUR	2 436	2 271	2 452	2 190	2 056	2 184	2 299	1 669	1 687

**Steuern**

Einheit	2015	2016				2017		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März

**Aufkommen nach  
Steuerarten**

<b>Gemeinschaftsteuern</b>										
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	3 941	4 051	3 470	4 303	4 311	5 411	3 683	4 495	4 332
Lohnsteuer	Mill. EUR	1 167	1 250	887	1 360	1 548	2 240	816	1 170	1 599
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	835	853	662	1 133	600	1 052	734	1 121	625
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	165	169	-	529	-	-	-	478	-
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	164	147	46	50	473	687	30	49	589
	Mill. EUR	90	98	52	21	67	108	72	51	38

<sup>1</sup> Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

**noch: Steuern**

Einheit	2015	2016					2017		
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	

**Gemeinschaftsteuern**

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	28	20	36	51	5	5	30	54	4
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	17	13	-	47	-	-	-	46	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	48	131	91	106	403	388	- 50	- 104	342
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 12	- 1	-	18	-	-	-	- 90	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 774	2 801	2 584	2 943	2 763	3 170	2 867	3 325	2 732
Umsatzsteuer	Mill. EUR	536	480	549	658	461	595	608	749	382
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	2 238	2 321	2 035	2 285	2 303	2 575	2 259	2 576	2 351

**Zölle**

Mill. EUR	225	219	196	246	238	208	200	243	206
-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

**Bundessteuern**

Mill. EUR	77	84	54	45	113	189	59	46	120	
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	29	11	7	29	67	19	8	38
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	49	55	43	38	83	121	40	37	81

**Landessteuern**

Mill. EUR	77	77	66	68	85	87	74	73	95	
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	24	20	14	19	24	21	14	16	23
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	36	38	32	32	35	44	42	41	45
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	13	14	16	13	16	17	14	13	17
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	2	2	1	1	7	2	1	1	8
Biersteuer	Mill. EUR	2	2	3	2	2	2	3	2	2

Einheit	2014	2015			2016			
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.

<b>Gemeindesteuern</b>	Mill. EUR	597	648	688	660	672	637	737	666	760
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	5	6	4	5	5	6	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	130	135	139	154	124	131	140	151	127
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	445	488	523	479	523	481	567	485	609
sonstige Gemeindesteuern <sup>1</sup>	Mill. EUR	18	20	21	21	21	21	26	24	20

<sup>1</sup> Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

**noch: Steuern****Steuerverteilung****Steuereinnahmen der  
Gemeinden und Gemeinde-  
verbände**

Einheit	2014	2015				2016				
	Durchschnitt	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.		
Mill. EUR	925	1 022	1 072	1 008	1 336	659	1 114	1 041	1 391	
Gewerbesteuer (netto) <sup>1</sup>	Mill. EUR	369	400	446	385	358	466	481	384	442
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	363	414	416	394	736	33	415	379	700
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	41	48	45	48	94	4	48	48	98

**Steuereinnahmen des Landes**

Einheit	2015	2016					2017			
	Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März		
Mill. EUR	914	999	830	1 032	1 104	2 225	914	1 068	1 132	
Landessteuern	Mill. EUR	77	77	66	68	85	87	74	73	95
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	442	483	387	529	628	863	346	431	641
Lohnsteuer	Mill. EUR	293	299	282	424	196	326	312	418	205
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	70	63	20	21	201	292	13	21	250
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	43	46	24	8	28	48	33	21	12
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	13	9	16	23	2	2	13	24	2
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	24	66	45	53	201	194	- 25	- 52	171
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	372	416	385	419	391	1 213	483	552	396
Umsatzsteuer	Mill. EUR	271	300	288	345	283	876	378	465	273
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	101	116	97	74	108	336	105	87	124
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	- 2	4	0	17	3	3	- 0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	- 1	2	0	6	1	1	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	12	13	- 4	9	0	33	6	7	- 0
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	3	3	- 1	2	0	7	1	1	- 0
<b>Steuereinnahmen des Bundes</b>	Mill. EUR	2 010	2 028	1 709	2 080	2 177	2 767	1 728	2 060	2 126
Bundessteuern	Mill. EUR	77	84	54	45	113	189	59	46	120
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	506	548	387	587	692	995	348	493	708
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 421	1 389	1 270	1 443	1 372	1 567	1 317	1 518	1 298
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	- 2	4	0	17	3	3	- 0

1 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

## Neuerscheinungen im April 2017

**Statistische Berichte****Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit**

Gerichtliche Ehelösungen und Aufhebungen von Lebenspartnerschaften 2016

Kennziffer: A2023 201600

Diagnosedaten der in Krankenhäusern, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen behandelten Patientinnen und Patienten 2015 (Diagnose- und DRG-Statistik)

Kennziffer: A4043 201500

Strukturdaten zu Familien und Lebensformen in den Planungsregionen – Ergebnisse des Mikrozensus 2012–2015

Kennziffer: A1133 201500

**Land- und Forstwirtschaft, Fischerei**

Weinmosternte 2016

Kennziffer: C2053 201600

Weinerzeugung 2016

Kennziffer: C4043 201600

**Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen**

Gewerbeanzeigen im Februar 2017

Kennziffer: D1023 201702

**Produzierendes Gewerbe, Handwerk**

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Januar 2017

Kennziffer: E4023 201701

Bauhauptgewerbe im Januar 2017 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau

Kennziffer: E2023 201701

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Februar 2017 – Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

Kennziffer: E1023 201702

Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe im Februar 2017

Kennziffer: E1033 201702

Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe im Februar 2017

Kennziffer: E1113 201702

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2016

Kennziffer: E1013 201600

**Wohnungswesen, Bautätigkeit**

Baugenehmigungen im Februar 2017

Kennziffer: F2033 201702

**Handel, Tourismus, Gastgewerbe**

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe im Januar 2017

Kennziffer: G1023 201701

Beschäftigte und Umsatz im Handel und im Gastgewerbe 2016

Kennziffer: G1013 201600

Aus- und Einfuhr im Februar 2017

Kennziffer: G3023 201702

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Februar 2017

Kennziffer: G4023 201702

**Verkehr**

Straßenverkehrsunfälle im Januar 2017

Kennziffer: H1023 201701

**Preise und Preisindizes**

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland im Februar 2017

Kennziffer: M1043 201741

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im März 2017

Kennziffer: M1013 201703

### Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im 4. Vierteljahr 2016  
Kennziffer: N1013 201644

### Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Januar 2017  
Kennziffer: Z1013 201701

### Finanzen und Vermögen privater Haushalte

Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten 2016  
Kennziffer: O1013 201600

## Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –  
Ausgabe April 2017  
Kennziffer: Z2201 201704

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de) zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.  
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: [vertrieb@statistik.rlp.de](mailto:vertrieb@statistik.rlp.de).

## Impressum

---

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:  
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
Mainzer Straße 14-16  
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0  
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [monatsheft@statistik.rlp.de](mailto:monatsheft@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion: Jeanette Vogel

Druck: Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation Rheinland-Pfalz, Koblenz

Titelfoto: BASF SE

Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201  
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR  
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:  
[www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte](http://www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-monatshefte)